

Unterstützung für Pflegedienste – bundesweit einzigartiges Projekt in Baden-Württemberg

Gemeinsam gegen den Pflegenotstand

Die Landesregierung hat gemeinsam mit der Diakonie, der Berufsgenossenschaft und der AOK das Projekt „GeNUSs – Gesundheits-Netzwerk für Unternehmen der Sozialwirtschaft“ vorgestellt. Ziel des Projekts ist es, Pflegedienste und -einrichtungen zu unterstützen sowie ein betriebliches Gesundheitsmanagement einzuführen.

Deutschlandweit wird in der Pflege der Mangel an Fachkräften beklagt. In Baden-Württemberg hat sich deshalb ein bislang bundesweit einzigartiges Bündnis gegründet. Landesregierung, Diakonie, Berufsgenossenschaft und AOK in Baden-Württemberg wollen die Gesundheit der Mitarbeitenden stärken. Ihre Leistungsfähigkeit soll zum Wohle der ihnen anvertrauten Menschen und deren Angehörigen erhalten werden. Die Partner haben auf einer Landespressekonferenz ihr Modellprojekt GeNUSs vorgestellt.

Hohe Belastung für Pflegekräfte

„Gesundes und sicheres Arbeiten wird immer wichtiger, besonders im Lichte des Fachkräftemangels. Wir möchten kleine und mittelständische Unternehmen in der Sozialwirtschaft dabei unterstützen, die Gesundheit ihrer Beschäftigten stärker in den Blick zu nehmen. So können die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten nachhaltig verbessert und attraktive Arbeitsplätze geschaffen werden“, so Katrin Schütz, Staats-

sekretärin im Wirtschaftsministerium. Deshalb fördert das Wirtschaftsministerium das Projekt „GeNUSs – Gesundheits-Netzwerk für Unternehmen der Sozialwirtschaft“. Die Initiative des Kompetenznetzes Gesundheit, bestehend aus der AOK Baden-Württemberg, der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) und der Diakonie Baden-Württemberg, richtet sich an kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) der Sozialwirtschaft im Land. Ihr Ziel ist es, die teilnehmenden Pflegedienste und -einrichtungen mit zentralen Beratungsstellen dabei zu unterstützen, ein passgenaues betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) einzuführen und umzusetzen. Zudem ermöglicht das Projekt, dass sich die beteiligten KMU auch untereinander vernetzen und zum betrieblichen Gesundheitsmanagement austauschen können.

„Pflegerinnen und Pfleger sind viel länger oder häufiger krank als der Durchschnitt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland“, so Johannes Bauernfeind, Vor-

standsvorsitzender der AOK Baden-Württemberg.

Jüngste Auswertungen des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) zeigten, dass ihr Krankenstand fast 40 Prozent über dem Durchschnitt läge. „Solange wir es nicht alle gemeinsam hinkriegen, die aus diesen Zahlen herauszulesende übergroße Belastung der Pflegekräfte in unserem Land zu verringern, werden wir die aktuellen und kommenden Probleme in der Betreuung unserer Pflegebedürftigen nicht lösen können“, so Bauernfeind weiter. „Die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements, das individuell auf den einzelnen Betrieb und seine Beschäftigten ausgerichtet ist, ist deshalb ein ganz wichtiger Baustein für die Zukunftssicherheit der Pflege.“

Zahl der Pflegebedürftigen wird weiter steigen

Schon heute fehlen den Unternehmen der Sozialwirtschaft in Baden-Württemberg rund 30.000 Fachkräfte, so André Peters, Vorstandsmitglied des Diakonischen Werks der Evangelischen Landeskirche in Baden.



Foto: Andrey Popov / Adobe Stock

Von besseren Bedingungen für Pflegekräfte profitieren auch die Gepflegten. Deren Zahl wird in den nächsten Jahren steigen.

„Durch unsere vielen tausend sozialwirtschaftlichen Dienstleistungen in Baden-Württemberg wissen wir aus direkter Erfahrung, wo den Betrieben der Schuh drückt“, so Peters weiter.

Großer Fachkräftemangel, Mehrbelastungen für die Beschäftigten und als Konsequenz hohe Krankenstände seien weit verbreitet. Angesichts der steigenden Zahl der Pflegebedürftigen, die Schätzungen zufolge 2030 an die 500.000er-Marke heranreichen dürfte, werde sich dieser Missstand eher noch verschärfen. „Mit Geld allein sind die vielen notwendigen Fachkräfte nicht für den Pflegeberuf zu begeistern“, so Peters weiter. „Schon seit einigen

Jahren qualifiziert die Diakonie deshalb Mitarbeitende in der Sozialwirtschaft zum Thema gesundes Arbeiten. Im starken Schulterschluss der GeNUSs-Partner können wir nochmals einen ganz neuen Impuls in die Breite geben.“

Bereits Mitte März fand eine Auftaktveranstaltung des Netzwerkes in Ludwigsburg statt. Die Gesamtfinanzierung des Projekts beläuft sich auf rund 540.000 Euro. Diese wird jeweils zur Hälfte von den Projektträgern und vom Wirtschaftsministerium aus dem Europäischen Sozialfonds bestritten. Unternehmen konnten sich bis zum 31. März für Unterstützung bewerben.

Verbraucherzentrale und Polizei informieren über Abzocke und geben Tipps zum richtigen Verhalten

Aufklärung über unseriöse Handwerker

Wenn die Türöffnung durch den Schlüsseldienst plötzlich 1.000 Euro kosten soll, ist höchstwahrscheinlich Betrug im Spiel. Verbraucherzentrale und Polizei klären Bürgerinnen und Bürger über die Maschen zweifelhafter Dienstleister und Handwerker auf.

Bei Polizei und Verbraucherzentrale gehen regelmäßig Anzeigen und Beschwerden über unseriöse Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe ein. Die Qualität der Abzocke hat sich in letzter Zeit verschärft: So sind aktuell völlig überhöhte Preise für eine einfache Türöffnung von über 1.000 Euro keine Seltenheit. Auch kommen andere Bereiche dazu: Beispielsweise fallen neuerdings bei der Schädlingsbekämpfung oder Rohrreinigung unseriöse Anbieter durch unsachgemäße Arbeiten und unverhältnismäßig hohe Geldforderungen auf. „Mit der gemeinsamen

Informationskampagne wollen wir Menschen helfen, sich gegen die schwarzen Schafe der Branchen zu wehren“, sagt Ralf Michelfelder, Präsident des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg. „Wir wollen Betroffene ermutigen, sich an die Polizei und die Verbraucherzentrale zu wenden.“

Nicht selten fühlen sich Opfer unter Druck gesetzt und zu einer sofortigen Zahlung genötigt. „Wenn Kunden sich bedroht fühlen oder Angst haben, können sie über den Notruf 110 die Polizei verständigen“, rät Michelfelder. Bei Verdacht auf betrügerisches Vorgehen kann

jederzeit eine Anzeige bei der Polizei erstattet werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher sollten eine Rechnung verlangen und nicht direkt in bar zahlen, rät die Verbraucherzentrale. „Im Einzelfall können wir Betroffene durch unsere Beratung unterstützen“, sagt Cornelia Tausch, Vorstand der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg.

Dabei greifen Verbraucherzentrale und die Polizei auf eigene Erkenntnisse zurück, um Verbraucher zu schützen. Detaillierte Informationen erhalten Sie bei der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg



Foto: Dimco / AdobeStock

Wer dringend einen Handwerker braucht, kann auf Betrüger hereinfallen, die für viel Geld schlechte Leistungen erbringen.

unter www.verbraucherzentrale-bawue.de/geschaefft-mitem-notfall oder bei der Polizei unter [\[bw.de\]\(http://bw.de\). In Form von Postkarten und Broschüren gibt es die Materialien auch in gedruckter Form.](http://www.praevention.polizei-</p>
</div>
<div data-bbox=)

5 Termine

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr Kaffee-Treff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße in Friedrichshafen. Neuteilnehmer sind jederzeit willkommen.

Ortsverband Mannheim-Mitte

24. April, 17 Uhr: Mitgliederversammlung unter Leitung des KV-Vorsitzenden Hartmut Marx, „SG Mannheim“, Im Pfeifferswörth 9, 68167 Mannheim.

Ortsverband Höpfigen

21. April, 14.30 Uhr: Infonachmittag im Gasthof „Zum Ochsen“, Höpfigen.

Spruch des Monats

Die schönste Zeit im Leben sind die kleinen Momente, in denen du spürst, du bist zur richtigen Zeit, am richtigen Ort.

Unbekannt

Glückwünsche



70 Jahre: 2.4.: Johanna Wagner, Tettang; 3.4.: Hildegard Baumann, Albstadt; 11.4.: Edna Herrlinger, Pliezhausen; 17.4.: Heidi Nisi, Remshalden; 24.4.: Doris Wagner, Mannheim; 29.4.: Gaby Bacher, Mannheim; 30.4.: Reinhard Schnepf, Mannheim.

75 Jahre: 4.4.: Anita Kleiner, Neukirch.

80 Jahre: 14.4.: Wolfgang Metzger, Mannheim; 30.4.: Werner Böhnke, Albstadt.

85 Jahre: 1.4.: Anton Stauß, Winterlingen; 10.4.: Katharina Ehnele, Schwenningen, Alfred Meyer, Mannheim; 26.4.: Lore Strobel, Straßberg.

90 Jahre: 24.4.: Ilse Mannsdörfer, Stuttgart; 30.4.: Hannelore Müller, Mannheim.

91 Jahre: 7.4.: Lieselotte Apel, Albstadt.

98 Jahre: 11.4.: Lina Lüdtkke, Salach.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im April ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an. Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Aktuelle Urteile

Amt zahlt unter Umständen für „zu teure“ Wohnung

Leben 75-jährige Eheleute von Grundsicherung im Alter, sodass auch die Kosten für die Unterkunft vom Amt übernommen werden, so kann das auch für eigentlich unangemessen hohe Kosten gelten, wenn eine Kostensenkung für die Eheleute nicht möglich ist. Im konkreten Fall vor dem Sozialgericht Mannheim ging es um eine 62 Quadratmeter große Wohnung mit einer Bruttokaltmiete in Höhe von 580 Euro. Es hätten jedoch lediglich 461 Euro als angemessen gelten können. Weil die Frau gehbehindert ist und sich in der Wohnung mit Gehstock und Rollator bewegt, sie außerdem einen Grad der Behinderung von 100 und die Merkzeichen G und B besitzt, ist eine Kostensenkung mit Blick auf einen Wohnungswechsel schwierig bis unmöglich. Das Amt übernimmt weiterhin die vollen Wohnkosten (SG Mannheim, S 2 SO 184/18). *wb*

Sprechstunden und Sozialberatung

Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/2630.

Sozialberatung im Bezirk Bodensee-Alb

Termine und Örtlichkeiten der Sozialberatung erfahren Sie bei der Rechtsberatungsstelle Mannheim unter Tel.: 0621/841151. Eine Terminvereinbarung ist unbedingt erforderlich.

Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr, in der Manzeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen/Schnetzenhausen statt.

In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541/72702, oder an Karl Peter, Tel.: 07541/72285.

Sprechstunden Hockenheim

Die Sprechstunden finden einmal im Monat von 13.30 bis 15.30 Uhr im Raum 1 der „Zehntscheune“, Untere Mühlenstraße 4, 68766 Hockenheim statt.

Dabei berät von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr Fachanwalt Jürgen Nesweda die Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen. Hierfür ist eine Terminvereinbarung unter Tel.: 0621/841151 unbedingt erforderlich.

Sprechstunden Kressbronn

Die Sprechstunden finden jeden letzten Mittwoch im Monat von 10 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr statt. In dieser Zeit ist Frau Siegel nur unter der Mobilfunknummer 0176/22948201 erreichbar; sonst in dringenden Fällen auch unter Tel.: 07543/50726.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialberatung findet bei Fachanwalt Jürgen Nesweda in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim statt. Termine werden nur nach Absprache unter Tel.: 0621/841151 vergeben.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden bei Fachanwalt Jürgen Nesweda finden im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Höpfigen statt.

Alle SoVD-Mitglieder können die Beratung kostenlos in Anspruch nehmen, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zum

Ortsverband; aber nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0621/841151.

Sozialberatung im Raum Mittel- und Südbaden

Eine Sozialberatung findet nur nach Terminabsprache mit Fachanwalt Jürgen Nesweda statt, Tel.: 0621/841151. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle zur Verfügung, Tel.: 0621/8414172.

Sprechstunden Ravensburg

Sprechstunden sind jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat, von 15.30 bis 17.30 Uhr, in der Georgstraße 14a, 88212 Ravensburg, Tel.: 0160/94658721.

Sprechstunden und Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden mittwochs, von 9.30 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr, im Generationenhaus Heselach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711/21680593, statt.

Jeden dritten Mittwoch im Monat (außer im Dezember) findet eine Sozialberatung statt, aber nur nach Vereinbarung mit der Rechtsberatungsstelle in Mannheim, Tel.: 0621/841151.

Erhöhte Hygienemaßnahmen in Verkehrsbetrieben des Landes

Bahnfahren in Zeiten des Virus

Es ist wichtig, die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. Landesverkehrsminister Winfried Hermann hat die Fahrgäste in Bussen und Bahnen dazu aufgerufen, die Hygieneregeln und Verhaltensempfehlungen zum Schutz vor Infektionen konsequent zu befolgen.

„Jede und jeder Einzelne kann einen Beitrag leisten, um die Ausbreitung zu verlangsamen. Das kann dazu beitragen, insbesondere auch ältere Menschen, sowie Personen mit Vorerkrankungen, die stärker gefährdet sind, durch vorsorgliches Handeln vor einer Infektion zu schützen“, teilte Hermann mit. Öffentliche Verkehrsmittel sind potentielle Verbreitungsorte für das Coronavirus.

Unter Federführung des Verkehrsministeriums haben sich die Eisenbahnunternehmen in Baden-Württemberg darauf verständigt, in den Nahverkehrszügen verstärkt über Hygienemaßnahmen zu informieren. „Wer mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist, sollte sich häufiger gründlich die Hände waschen und darauf achten, nicht in die Hand, sondern in die Armbeuge zu husten oder zu niesen.“

Die Eisenbahnunternehmen im Südwesten haben bereits die Desinfektionsmaßnahmen



Foto: VRN

Es besteht das Risiko, sich in der Bahn anzustecken. Wer trotzdem darauf angewiesen ist, kann einige Hinweise beachten.

in den Nahverkehrszügen verstärkt. So werden Handgriffe und Toiletten jetzt mit speziellen Desinfektionsmitteln gereinigt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Zügen, aber auch in den Leitstellen sind angehalten, besondere Hygienemaßnahmen an ihren Arbeitsplätzen zu ergreifen.

„Wir empfehlen den kommunalen Aufgabenträgern im öffentlichen Nahverkehr diesem Beispiel zu folgen, sofern sie dies nicht ohnehin schon tun, und überdies ihre Fahrgäste über Hygienemaßnahmen und entsprechende Verhaltensregeln zu informieren,“ erklärte der Minister abschließend.



Während der Rast gab es Bratwürste und Glühwein zum Aufwärmen.

Ausflug des Ortsverbandes Lautertal mit Pferdeschlitten in den Thüringer Wald

Bis auf den Schnee alles okay

Am 15. Februar startet der Ortsverband Lautertal zu einer Pferdeschlittenfahrt ins benachbarte Thüringen. Ziel des Ausfluges war der Wintersportort Oberhof. Bei dem schönen Winterwetter fehlte nur eines: der Schnee.

Mangels Schnee wurde aus der Pferdeschlittenfahrt eher eine Kutschenfahrt. Die Lautertaler wurden auf drei Kutschen verteilt und los ging es durch den Thüringer Wald. Da die Kutschen mit Decken ausgelegt waren, ließen sich die Temperaturen gut aushalten.

Zur Mittagsrast wurde der Grill auf einer Waldlichtung aufgebaut und es gab Thüringer Bratwürste vom Rost und dazu Glühwein. Nach der Stärkung ging es wieder zurück nach Oberhof.

Im Gasthof Sternengrund wärmte sich die Ausflugsgruppe bei Kaffee und Kuchen auf, bevor es mit dem Bus wieder nach Hause ging.



Die Landesvorsitzende Barbara Hölzel war mit von der Partie, dick eingemummelt im Mantel und mit Decke.

Der Ortsverband Michelau beim Faschingskehrhaus.

Aktivitäten des Ortsverbandes Michelau im Februar

Beratung und Fasching

Auch im Februar war der Ortsverband Michelau wieder fleißig. Wie jeden Monat gab es eine rege in Anspruch genommene Sozialsprechstunde und auch das Vergnügen kam nicht zu kurz. Der Fasching wurde im Mehrgenerationenhaus stimmungsvoll „ausgekehrt“.

Am 21. Februar hielt der Ortsverband Michelau seine erste Vorstandssitzung im Mehrgenerationenhaus in Michelau ab. Hauptanliegen waren neben den außerordentlichen Sprechtagen die Terminplanung 2020 sowie die Vorbereitung der Neuwahlen im Ortsverband Michelau beziehungsweise die Sicherstellung eines handlungsfähigen Vorstandes für die nächsten zwei Jahre.

Der turnusmäßige Sozialsprechtag war dieses Mal auf den 25. Februar zum Faschingskehrhaus verlegt worden. Ortsvorsitzender Günther Ruckdäschel besprach im Nebenraum des MGH nacheinander die Anliegen von zwei Mitgliedern. Sollten noch Fragen offen bleiben, würden sie dann am Sozialsprechtag mit Dr. Haas geklärt.

Die Tochter eines Mitglieds aus dem Ortsverband Ebersfeld bat telefonisch um Hilfe bei der Suche nach einem Pflegeplatz für ihren Vater. Günther Ruckdäschel teilte ihr mit, dass man darauf keinerlei Einfluss nehmen könne, sagte ihr aber trotzdem seine Hilfe im Rahmen der Möglichkeiten zu.

Anschließend gesellte er sich zu den übrigen Mitgliedern, die bereits im Nebenraum fröhlich den Faschingsausklang feierten.

Der VLV gibt Tipps, wie vom Arzt verschriebene Medikamente von der Steuer abgesetzt werden können

Erst zum Arzt und danach zur Apotheke

Kopfschmerztabletten, Nasenspray oder Hustensaft: Eine Hausapotheke hilft schnell bei kleineren Alltagskrankheiten. Die Kosten dafür lassen sich von der Steuer absetzen, wenn der Arzt die Medikamente verschrieben hat. Worauf Sie dabei achten sollten und wie die aktuelle Rechtsprechung dazu aussieht, erklärt Ihnen der Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH).

Kosten für Medikamente von der Steuer absetzen, so funktioniert es: Entscheidend ist, dass das ärztliche Rezept vor dem Kauf ausgestellt wurde. Seit 2009 ist diese Rechtsprechung gültig, das Finanzgericht Rheinland-Pfalz bestätigte das sogar in einem Urteil (Aktenzeichen 5 K 2157/12).

Früher war es möglich, nach dem Medikamentenkauf nachträglich ein Rezept dafür vom Arzt zu holen. Heute gilt Fol-

gendes: Erst zum Arzt, dann das Medikament kaufen und anschließend die Kosten, die von der Krankenkasse nicht gezahlt wurden, in die Steuererklärung eintragen.

Außerdem müssen die Medikamente der Heilung oder Linderung einer Krankheit dienen. Ausgaben für eine Krankheitsvorbeugung können dagegen in der Regel nicht abgesetzt werden. Sind alle Voraussetzungen erfüllt, zählen die Kosten für

Medikamente zu den sogenannten außergewöhnlichen Belastungen. Dafür gibt es in der Steuererklärung seit 2019 eine eigene Anlage.

Zu den absetzbaren Krankheitskosten gehören üblicherweise auch die Ausgaben – genau wie Zuzahlungen – für die Geburt eines Kindes, Homöopathie, Impfungen, eine Brille, Krankengymnastik oder Behandlungen beim Zahnarzt sowie die Zahnspange.



Foto: pix4U / Adobe Stock

Zuzahlungen zu Medikamenten lassen sich unter bestimmten Voraussetzungen von der Steuer absetzen.

Coronavirus-Hotline

Die Krankenkassen bieten ihren Mitgliedern Telefon-Hotlines für Fragen und Infos zum Coronavirus. Hier eine Auswahl:
 TK: Tel.: 040 / 46 06 61 91 60 (Ortstarif, 24 Stunden),
 AOK: Tel.: 0800 / 126 52 65 und AOK Baden-Württemberg,
 Tel.: 0800 / 105 05 01 (kostenfrei, 24 Stunden),
 DAK: Tel.: 040 / 325 325 800 (Ortstarif, 24 Stunden),
 Barmer: Tel.: 0800 / 84 84 111 (kostenfrei, 24 Stunden),
 IKK classic: Tel.: 0800 / 455 1000 (kostenfrei, 6–22 Uhr).

5 Termine

Ortsverband Ansbach

17. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen.
 Informieren Sie bei Krankheit oder Umzug bitte Udo Weller, Tel.: 0981 / 36 33, E-Mail: weller@an24.info.

Ortsverband Bayreuth

Jeden zweiten Freitag im Monat, 14.15–16.15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Sprechtag im Gasthof „Moosing“, Oberobsang 11.

Ortsverband Erding und Umgebung

Vorschau: 2. Mai, 15 Uhr: Muttertagsveranstaltung bei Kaffee und Kuchen in der Vereinsgaststätte Rot-Weiß Klettham.

Ortsverband Lauf-Röthenbach / Pegnitz

21. April 14 Uhr: Kaffeekränzchen im Café-Bistro „D 1“.
 Jeden Freitag, 16–18 Uhr: Sprechstunde in der SoVD-Geschäftsstelle. Andere Termine finden nach Absprache statt.

Ortsverband Lautertal

5. April, 15 Uhr: Kaffeemittag, „Grüne Linde“, Oberlauter.
 9. April, 16.30–18 Uhr: Sprechstunde im evangelischen Gemeindehaus, Unterlauter.

Ortsverband München

18. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl im Restaurant „Zirbelstube“. Auskünfte beim Vorsitzenden Walter Raßbach, Tel.: 089 / 7 85 49 61.

Glückwünsche



Foto: Dora Zett / fotolia

Wer zu der Tat Ermunterung gibt, hat selber sie mit ausgeübt.

Karl Wilhelm Ramler

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden gratulieren allen Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit. Verleben Sie einen schönen Tag im Kreise Ihrer Familie!

Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 3.4.: Bernd Flurschütz, Lautertal; 26.4.: Brigitte Hinz, München.

65 Jahre: 5.4.: Manfred Wunner, Röthenbach; 7.4.: Annemarie Mancini, Illertissen; 18.4.: Manfred Schick, Dietfurt; 25.4.: Sylvia Güntner, Hirschau.

70 Jahre: 3.4.: Günther Pauli, Erding; 20.4.: Heidrun Freier, Weiden; 26.4.: Sonja Gleichmann, Coburg.

75 Jahre: 21.4.: Erich Batz, Nürnberg, 30.4.: Maria Schober, Ebersfeld.

80 Jahre: 2.4.: Hermann Würdinger, Weiden; 5.4.: Olga Weidner, Zapfendorf, Peter Hoffmann, Bad Staffelstein; 7.4.: Irmgard Fischer, Lautertal; 15.4.: Rolf Haas, Augsburg; 20.4.: Rosemarie Kimmel, Nürnberg.

85 Jahre: 20.4.: Hannelore Mund, Hengersberg; 23.4.: Elly Endres, Ebersfeld.

96 Jahre: 15.4.: Erwin Kohl, Nürnberg.

Universität Bamberg eröffnet High-Tech-Labor für Schmerz- und Demenzforschung

Wissen um Demenz ausbauen

In Bamberg wurde das „Living Lab“ eingeweiht, in dem mit modernster Technik das Schmerzempfinden von Menschen mit Demenz erforscht werden soll. Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml begrüßt das Projekt.

In Bayern leben derzeit über 240.000 Demenzkranke. In den nächsten 15 Jahren wird ihre Zahl voraussichtlich auf rund 300.000 ansteigen. Ministerin Huml dazu: „Um gute Rahmenbedingungen zu schaffen, haben wir gemeinsam mit allen Ministerien die Bayerische Demenzstrategie entwickelt. In diesem Rahmen fördern wir auch das Forschungsprojekt ‚Schmerz und Alltagspraxis bei Menschen mit Demenz‘, das erfassen soll, wie Menschen mit Demenz sowie sprachlichen Beeinträchtigungen Schmerzen erleben und was dagegen getan werden kann.“

Im Bamberger „Living Lab“ werden alltägliche Situationen in einer normalen Wohnumgebung mit Ess-, Wohn- und Schlafbereich simuliert. Mit moderner Sensortechnik wird untersucht, bei welchen Alltagshandlungen Schmerzen auftreten und wie chronische Schmerzen erkannt werden können.

Die Ministerin unterstrich: „Das Projekt geht einen innovativen Weg in der Weiterentwicklung des Verständnisses für Schmerzempfinden und



Foto: Atthapon / Adobe Stock

Die Demenzforschung steht in vielen Bereichen noch am Anfang. Schmerzempfinden und -äußerung ist einer davon.

Schmerzäußerungen demenzkranker Menschen.“

Huml ergänzte: „Demenz darf kein Tabuthema sein, denn es handelt sich um eine drängende Herausforderung – und zwar für die gesamte Gesellschaft. Wir werden deshalb noch im März 2020 einen Bayerischen Demenzpakt schließen. Alle bayerischen Staatsministerien sowie Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Kirchen, Zivilgesellschaft, Wohl-

fahrts- und Betroffenenverbänden habe ich dazu eingeladen. Ziel ist es, mit diesem Pakt das Thema Demenz auf eine noch breitere Basis zu stellen, um die Lebenssituation von Menschen mit Demenz sowie ihrer Zu- und Angehörigen in Bayern weiter zu verbessern und tragfähige Strukturen für die Zukunft zu schaffen.“

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege



Sozialberatung

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Bodenehrstraße 20, 81373 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Mehrgenerationenhaus, Oberer Bürglaß 2 a, Ansprechpartner: Manfred Müller, Tel.: 09561 / 7 51 74.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbara.hoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: erster Freitag im Monat, 12.30–14.30 Uhr, bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 8. Mai.

Sozialberatung in Ebersfeld: jeden letzten Freitag im Monat, 16.30–18 Uhr, im Gasthof „Zum Schwan“, Hauptstraße 46, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49; im Bedarfs-

fall besucht Dr. Haas nach telefonischer Terminvereinbarung das Mitglied auch zu Hause.

Sozialberatung in Ingolstadt: erster Freitag im Monat, 9–11 Uhr, AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 8. Mai.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: letzter Donnerstag im Monat, 8.30–10 Uhr, Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 30. April.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: 29. April, 9.30–11.30 Uhr, im Neuen Rathaus, Konferenzzimmer, Dr.-Pflegerstraße 15, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: jeden zweiten Freitag im Monat, 14–16.15 Uhr, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: erster Dienstag im Monat, 9–11 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag in Schwabach: 7. April.

Sozialberatung in Tirschenreuth: letzter Donnerstag im Monat, 10.30–12 Uhr, Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 30. April.

Kümmererstelle in Würzburg: jeden ersten Samstag im Monat, 11–13 Uhr, Hans-Sponsel-Haus der AWO, Frankenstraße 195, Ansprechpartnerin: Isabella Stefan, Tel.: 0157 / 76 82 95 70.

Eine Mitgliedschaft im Sozialverband Deutschland lohnt sich

Gemeinsam Gutes tun

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern im gesamten Bundesgebiet. Auf politischer Ebene machen wir uns seit mehr als 100 Jahren für soziale Gerechtigkeit stark. Seinen Mitgliedern bietet der Verband Hilfe, Gemeinschaft und viele Vorteile.

Treten Sie dieser starken Gemeinschaft als Mitglied bei. Für einen geringen Monatsbeitrag haben Sie als Mitglied viele Vorteile. Sie erhalten juristische Beratung bei Verhandlungen mit Renten- oder Pflegeversicherung, bei Problemen mit Kranken- oder Unfallversicherungen, bei der Antragstellung sowie Anerkennung von Behinderungen beziehungsweise Schwerbehinderungen und allen Fragen zu SGB-II-Leistungen und zur Grundsicherung.

Durch unsere monatliche Mitgliederzeitung und viele Broschüren sowie Ratgeber zur Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Grundsicherung, Altersarmut etc. bleiben Sie stets gut informiert.

Darüber hinaus können Sie als Mitglied aktiv am Verbandsleben teilnehmen, profitieren von vielen exklusiven Vorzügen wie interessanten Veranstaltungen, zahlreichen Freizeitaktivitäten sowie von attraktiven Sonderkonditionen bei Partnern des SoVD – und zwar bundesweit.

Dafür stehen Ihnen unsere weitgehend barrierefreien Erholungszentren bzw. Hotels in Berlin und Büsum in reizvoller Umgebung zur Verfügung.

Gut zu wissen: Ihren Mitgliedsbeitrag für den SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. können Sie bei der Einkommensteuererklärung geltend machen. Die SoVD-Mit-



Foto: Wolfgang Borrs

Zusammenhalt wird beim SoVD großgeschrieben.

gliedschaft zahlt sich für Sie also gleich doppelt aus.

Das Ehrenamt ist die tragende Säule des Verbandslebens im SoVD. Als Mitglied können Sie die Leistungen der ehrenamtlichen Arbeit in Anspruch nehmen oder sich auch selbst einbringen. In unseren Orts- und Kreisverbänden haben Sie als ehrenamtliche*r Ansprechpartner*in ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Mitglieder. Auch können Sie gesellige Veranstaltungen, Ausflüge oder Fahrten mit organisieren oder an einem Informationsstand aktiv für die sozialpolitischen Forderungen des SoVD eintreten.

Mit Ihrer Mitgliedschaft unterstützen Sie den SoVD im Kampf für soziale Gerechtigkeit, leisten einen wichtigen

Beitrag zur Verbesserung der Sozialgesetzgebung und tragen damit zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Berlin und Brandenburg bei.

Als gemeinnützige, parteipolitisch sowie konfessionell unabhängige Organisation finanzieren wir unseren sozialen Auftrag ausschließlich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Wir freuen uns auf Ihren Anruf und senden Ihnen gerne Informationsmaterial sowie einen Mitgliedsantrag zu: SoVD Landesgeschäftsstelle Berlin-Brandenburg e.V., Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin, Tel: 030 / 26 39 38-0. E-Mail: contact@sovd-bbg.de oder www.sovd-bbg.de. Dort gibt es das Beitrittsformular zum Download.

Vorankündigung: Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

„Inklusion von Anfang an“

Auch in diesem Jahr findet der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung statt. Er wird am 5. Mai in der City-West begangen. Wie in den vergangenen Jahren, ist der SoVD-Landesverband mit einem Stand vertreten und wird seine Arbeit vorstellen.

Auf die Situation von Menschen mit Behinderung in Deutschland aufmerksam machen und sich dafür einsetzen, dass alle Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können: Das ist das Ziel des jährlichen Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Der Aktionstag sensibilisiert für das Thema Inklusion und macht auf beste-



Foto: Aktion Mensch

Plakat zum Aktionstag

hende Missstände aufmerksam. Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. beteiligt sich auch in diesem Jahr an der Kundgebung und ist mit einem Informationsstand am Breitscheidplatz in Berlin-Charlottenburg vertreten.

Ort und Zeit: 5. Mai 2020, Start um 15 Uhr am Nollendorfplatz, 15.30–17 Uhr: Kundgebung am Breitscheidplatz.



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde des SoVD,

Altersarmut unter Menschen, die für Angehörige und Nachbarn dringend notwendige Pflegeleistungen erbringen, nimmt zu. Betroffen sind vor allem Frauen, die mehr als zwei Drittel dieser unentgeltlichen Dienste im häuslichen und nachbarschaftlichen Bereich leisten. Viele sind berufstätig und im höheren Lebensalter etwa zehn Jahre vor der Rente und müssen auf Grund der hohen Belastungen ihre Arbeitszeit einschränken oder ganz aufgeben. Die Folgen sind bedrückend. Nicht nur das Arbeitseinkommen nimmt erheblich ab und die finanzielle Abhängigkeit von Angehörigen steigt. Häufig führt der Weg auch direkt in die Armut. Betroffen sind vor allem Frauen, die lange Jahre in Niedriglohnssektoren gearbeitet, ihre Arbeit häufig und länger für die Familienarbeit unterbrochen haben und vor allem Alleinerziehende waren. Ihnen und euch wollen wir als SoVD helfen.

Wir haben daher zunächst in einer viel beachteten Untersuchung auf diese gravierenden Ungerechtigkeiten die Öffentlichkeit und Politik aufmerksam gemacht. Vor allem aber wollen wir den Wünschen des überwiegenden Teils der pflegebedürftigen Menschen Rechnung tragen, in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben zu können. Deshalb unterstützen wir die Initiative des Berliner Senats, über eine Bundesratsinitiative ein Familienpflegegeld einzuführen.



Ursula Engelen-Kefer

**Mit solidarischen Grüßen,
Ihre Ursula Engelen-Kefer**

Ostergruß

*Aus ihrem Schlaf erwachet von neuem die Natur.
Seht, wie die Sonne lachend heraus auf unsere Flur.
Sie wärmet uns nun wieder mit ihrem goldenen Strahl,
der Hirten Flötenlieder ertönen in dem Tal.*

Ernst Theodor Johann Brückner



Der Landesvorstand sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle wünschen allen SoVD Mitgliedern sowie Leserinnen und Lesern fröhliche Ostern und schöne Feiertage im Kreise der Familie.

Fördermittel für Inklusionstaxis in Berlin und Brandenburg abrufbar – SoVD fordert Bundesratsinitiativen

Inklusive Mobilität für alle sichern

Der SoVD hat die Einführung von Inklusionstaxis in Berlin und Brandenburg maßgeblich vorgebracht. „Mit der Einführung von Inklusionstaxen will der SoVD Berlin-Brandenburg einen eigenen Beitrag zu einem inklusiven Mobilitätskonzept leisten“, so die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer. Als Nächstes soll diese Form der Mobilität Thema im Bundesrat werden.

Der barrierefreie Zugang zu und mit allen erforderlichen Verkehrsmitteln ist wesentlicher Bestandteil der gesellschaftlichen Teilhabe. Davon dürfen Menschen mit Behinderungen nicht ausgeschlossen werden. Inklusive Mobilität ist nur dann gegeben, wenn zusätzlich zum barrierefreien Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln bei Bedarf ein barrierefreies Taxi

zur Verfügung steht. Der Sonderfahrdienst der gesetzlichen Krankenversicherung muss rechtzeitig vorher bestellt werden, kann also nicht spontan in Anspruch genommen werden.

Der SoVD hat für Berlin durchsetzen können, dass für diese Legislaturperiode ein Budget von insgesamt 4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wird. Damit kann die

Umrüstung von 250 Taxis mit maximal 15.000 Euro pro Taxi gefördert werden. Förderungsfähig bei der Inanspruchnahme eines derartigen Inklusionstaxis sind etwa 32.000 Menschen mit Schwerbehinderungen. Es kommt jetzt darauf an, dass die Taxiunternehmen dies auch nutzen.

Inklusionstaxis nach Brandenburg bringen

Darüber hinaus hat der SoVD bereits Initiativen zu Bekanntmachung und Einführung von Inklusionstaxis in Brandenburg vorgenommen. Auch hier können derzeit etwa 33.000 Menschen mit Schwerbehinderungen finanziell bei der Inanspruchnahme derartiger Inklusionstaxis gefördert werden.

Die Landesregierung von Brandenburg ist aufgefordert, die notwendige Unterstützung, insbesondere auch bei der finanziellen Förderung für die



Im Inklusionstaxi ist der Transport eines Rollstuhls kein Problem. Hier steht eines der Taxis in Potsdam.

Umrüstung der Taxis, zu gewährleisten.

SoVD macht Vorschläge zur Gesetzgebung

Dringend erforderlich sind gesetzliche Initiativen, insbesondere die Verpflichtung für Länder und Kommunen, bei der Vergabe von Taxikonzessionen eine Quote für barrierefreie Taxen vorzusehen. Der SoVD fordert die Landesregierungen

von Berlin und Brandenburg auf, dazu Bundesratsinitiativen zu ergreifen. Dafür setzt sich der SoVD auch mit eigenen Vorschlägen zur Ergänzung des Personenbeförderungsgesetzes auf Bundesebene ein, wobei den Bundesländern die notwendigen Spielräume zu eigenen landesspezifischen Regelungen für die Förderung von Inklusionstaxis gegeben werden.

Aktionstage für Geschlechtergerechtigkeit

Gleichberechtigt pflegen

Der Equal Care Day und der Equal Pay Day greifen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft auf. Frauen leisten mehr Sorgearbeit in der Familie und verdienen weniger als Männer. Gegen diesen Missstand kämpft der SoVD Berlin-Brandenburg.



Foto: Olaf Gedanitz / Adobe Stock

Frauen kümmern sich häufiger um pflegebedürftige Angehörige. Das bezahlen sie mit Verdienstaussfällen und geringerer Rente.

Der alle vier Jahre stattfindende Equal Care Day soll auf die ungleiche Verteilung und die mangelnde Wertschätzung der häuslichen Sorgearbeit von Mann und Frau aufmerksam machen. Der zusätzliche Tag in jedem Schaltjahr am 29. Februar wurde nicht zufällig gewählt, sondern soll deutlich machen, dass die Care-Arbeit und Pflege zum überwiegenden Teil von Frauen erfüllt wird. Männer bräuchten rechnerisch etwa vier Jahre, um so viel private, berufliche und ehrenamtliche Fürsorgetätigkeiten zu erbringen wie Frauen in einem Jahr.

Eng damit verbunden ist der jährliche Equal Pay Day als Symbol dafür, wie viel länger Frauen arbeiten müssten, um den gleichen Stundenlohn wie Männer zu erreichen. Diese Lohnlücke von etwa 25 Prozent, verbunden mit einer Rentenlücke von über 50 Prozent, hängt eng mit der um die Hälfte höheren Belastung der Frauen mit unbezahlter Sorgearbeit zusammen. Dies gilt in noch höherem Ausmaß für Berlin mit einer Armutsgefährdungsquote an vierthöchster Stelle von über 18 Prozent bei 15,5 Prozent im Bundesdurchschnitt. Auch regional gibt es erhebliche Unterschiede der Betroffenheit von Armut zwischen 6 Prozent in Pankow und 26,8 Prozent in Neukölln.

Der SoVD Berlin-Brandenburg setzt sich dafür ein, dass diese gesellschaftlich unabdingbare Sorgearbeit einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft sowie die notwendige materielle Anerkennung und Absicherung erhält. Unerlässlich hierzu ist der stufenweise Ausbau der derzeitigen Teil-Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung. Vor allem unterstützt er die jüngste Initiative des Berliner Senats zu einer Bundesratsinitiative für ein Familien-Pflegegeld in Anlehnung an das Elterngeld. Entscheidend ist, dass hierfür auch höhere Rentenpunkte gewährt werden.

SoVD Berlin-Brandenburg fordert Überarbeitung des Medienstaatsvertrages

Medien ohne Barrieren nutzen

In einem dringenden Appell zur barrierefreien Gestaltung des Medienangebots auch privater Anbieter wendet sich die Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Ursula Engelen-Kefer, an die Regierungen in Berlin und Brandenburg.

„Der Zugang zu allen Medienangeboten ist barrierefrei zu gestalten, damit auch Menschen mit Behinderungen Zugang zu Information, Bildung und Kultur haben. Nur dann kann es überhaupt gesellschaftliche Teilhabe geben“, so Engelen-Kefer. Das müsse bei der anstehenden Neufassung des Medienstaatsvertrages in den Landtagen das oberste Gebot sein. Darüber hinaus seien die europarechtlichen Vorgaben aus der audiovisuellen Mediendienst-Richtlinie (AVMD) bis September 2020 umzusetzen. Ansonsten drohe ein EU-Vertragsverletzungsverfahren.

Der SoVD Berlin-Brandenburg fordert dazu auf, den vorliegenden Entwurf des Medienstaatsvertrags (MStV) vom 5.12.2019 im Interesse behinderter Menschen zu überarbeiten: Dazu müssen Rundfunk- und Telemedienanbieter verpflichtet werden, Aktionspläne für Barrierefreiheit zu erstellen und regelmäßig fortzuschreiben. Die Schaffung von gerechten Quotenregelungen für Angebote mit Audiodeskription, Untertitel

etc. ist unbedingt erforderlich. Informationen zu Katastrophen und Notfällen sind immer barrierefrei zur Verfügung zu stellen. Ereignisse mit großer gesellschaftlicher Relevanz müssen in jedem Fall für Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden.

Neben barrierefreien Inhalten muss auch der Zugang zu ihnen barrierefrei ermöglicht werden. Eine Informations- und

Beschwerdestelle muss geschaffen werden, die von allen Anbietern der Rundfunk- und Telemedien sowie Landesmedienanstalten, insbesondere durch Informationen oder Ansprechpartner, unterstützt wird. Sanktionen sollten beim Ausbau barrierefreier Angebote vorgesehen werden, zum Beispiel in einem ersten Schritt bei Nichteinhaltung vorgeschriebener Berichtspflichten.



Foto: Michel Arriens / www.michelarriens.de

Der SoVD fordert Aktionspläne für Barrierefreiheit, um die Informationsversorgung für Menschen mit Behinderung sicherzustellen.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Berlin-Ost Ortsverband Berlin-Mitte

Am 20. Februar fand die Versammlung des Ortsverbandes im Restaurant „Ännchen von Tharau“ statt. Der Vorstand hatte seine Mitglieder zur Weiberfastnacht mit geselligem Beisammensein eingeladen. Der neue Ortsvorsitzende Dominique Botembe begrüßte die Teilnehmenden, besonders die Gäste aus Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Treptow-Köpenick, Tiergarten-Wedding und vom Landesverband. Die Kreisvorsitzende und Vizepräsidentin des Bundesverbandes, Ursula Engelen-Kefer, hieß die Närrinnen und Narren ebenfalls herzlich willkommen. Beim Genuss des reichhaltigen Buffetts, untermalt durch Musik von DJ Kevin, kam Faschingsstimmung auf. Höhepunkt der Weiberfastnacht war die Prämierung der schönsten Kostüme sowie das Schlipsabschneiden bei Bodo Feilke. Es hat sich wieder mal bestätigt, dass geselliges Beisammensein der Mitglieder im SoVD eine gute Tradition ist.

Auf dem Foto: Ursula Engelen-Kefer schneidet Bodo Feilke den Schlips ab.



Ortsverband Berlin-Mitte

Ortsverband Treptow-Köpenick

Am 20. Februar fand die Vorstandswahl des Ortsverbandes statt. Der Vorstand gab einen Überblick über die sozialpolitischen Themen der letzten zwei Jahre sowie über die aktuellen Planungen. Die Wahlvorschläge wurden einstimmig von den anwesenden Mitgliedern angenommen. Bodo Feilke, Kreisvorsitzender Charlottenburg-Wilmersdorf, übernahm die Wahlleitung. Bernd Römer wohnte als Vertreter des Kreisverbandes Berlin-Ost der Veranstaltung bei.

Auf dem Foto (v. re.): Bernd Röber, Michael Nakoinz, Brigitte Walter-Fuß, Holger Kahl.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf Ortsverband Charlottenburg

Am 12. Februar fand eine öffentlich zugängliche Mitgliederversammlung des Ortsverban-

des statt. Zu den interessierten Mitgliedern waren auch die Vorstände erschienen, um den Dozenten Stefan Schütz vom Hospiz Schöneberg-Steglitz zu hören. Er sprach über die Versorgung und den Umgang mit schwerstkranken Menschen in der Organisationsform eines Hospizes und gab einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Hospize, die es seit etwa 20 Jahren in Deutschland gibt. Einen ersten professionellen Ansatz begründete Homecare in Berlin mit der Hauspflege für schwerstkranke und sterbende Menschen.

Die Grundversorgung der Menschen soll deren Bedürfnissen angepasst sein, wobei auch die Angehörigen zu berücksichtigen seien. Freundliche Ausstattung der Räume, aufmerksame Betreuer und Ansprechpartner gehören dazu. Ebenso auch die notwendige Verwaltungsarbeit mit Anträgen, Gutachten und Finanzierungsmöglichkeiten. Eine anspruchsvolle Aufgabe für die pflegerische und ärztliche Versorgung. Der Vorsitzende Jürgen von Rönne dankte dem Dozenten Stefan Schütz für seine Ausführungen und überreichte ihm ein Präsent.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

Am 8. Februar fand die Wahl des Vorstandes statt. Sabine Schwarz eröffnete die Versammlung und informierte über die Aktivitäten des Vorstandes in den letzten beiden Jahren. Stefan Koch wurde einstimmig zum Wahlleiter gewählt. Die Mandatsprüfungskommission stellte die Wahlberechtigung der Teilnehmenden fest. Der neue Vorstand besteht aus: 1. Vorsitzende Sabine Schwarz, 2. Vorsitzende Angela Rozanski, Frauensprecherin Gabriele Sander, Schatzmeister Hans-Jörg Spohr, Schriftführerin Renate Katzke; Beisitzer*in Brigitte Hauke und Wilfried Schiffer. Als Revisoren wurden Ralf Dillner und Ralf Dylla gewählt. Dem langjährigen Mitglied Gottfried Werner wurden Glückwünsche zum 85. Geburtstag ausgesprochen.

Auf dem Foto: Der gewählte Vorstand.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Auf einer Mitgliederversammlung stellte der Kreis- und stellvertretende Landesvorsitzende Joachim Krüger das Bundesteilhabegesetz in seiner Auswirkung auf die Berliner Bezirke vor. Das Gesetz, zum 1.

Januar 2020 in seiner 2. Phase in Kraft getreten, trennt erstmalig die Teilhabeangebote für Menschen mit (drohender) Behinderung von eventuell notwendigen Hilfen zum Lebensunterhalt. Aufgabe der bezirklichen Sozialämter ist es nunmehr, den Hilfebedarf jedes einzelnen Behinderten gemeinsam mit allen in Frage kommenden Institutionen zu ermitteln und zu leisten. Hierbei geht es um die Stellung von Reha-Anträgen, die (Wieder-) Eingliederung ins Arbeitsleben, mögliche Assistenzleistungen oder einem Budget für Arbeit. Dabei soll der oder die Behinderte größtmöglichen Einfluss und Entscheidungsfreiheit haben. Angestellte in Behindertenwerkstätten erhalten mehr Mitbestimmungsrechte und höheren Lohn. Bei allen Kosten für diese Teilhabemaßnahmen gibt es hohe Freibeträge bei Arbeitslohn und Vermögen. Seit dem 1. Januar werden Ehe- und Lebenspartner nicht mehr zur Zahlung herangezogen.

Vor der Diskussion berichteten Rita Krüger-Bieberstein und Marion Halten-Bartels über die Anstrengungen der Verwaltung in Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf zur Gewinnung und Schulung der Beschäftigten, die dieses Gesetz in die Praxis umsetzen sollen.

Einen Familienbesuch in der Heidestadt Uelzen nutzten Rita Krüger-Bieberstein und Joachim Krüger aus dem Vorstand des Kreisverbandes, um die dortige SoVD-Kreisgeschäftsstelle zu besuchen. Sie wurden sehr herzlich begrüßt und konnten sich von der aktiven Beratungsarbeit ein gutes Bild machen. „Am Tresen, im Gang und im Wartebereich drängten sich die Ratsuchenden wie in einer Hausarztpraxis und wurden sehr zuvorkommend behandelt“, stellte Rita Krüger-Bieberstein fest. An diesem Tag bot die Geschäftsstelle ihre soziale Hilfe auch ohne vorherige Terminabsprache an.

Auf dem Foto: Rita Krüger-Bieberstein in Uelzen.



KV Tiergarten-Wedding



Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg



Ortsverband Treptow-Köpenick

In anderen Ländern schon lange üblich

Ende der Cent-Münzen?

In einigen Ländern der Europäischen Union werden keine Ein- und Zwei-Cent Münzen genutzt. In der EU-Kommission gibt es Gedankenspiele, sie ganz abzuschaffen und bei Preisen zu runden. Doch wenn jeder Cent zählt, kann das zum Problem werden.

Es kursieren Pläne in der EU-Kommission, die Ein- und Zwei-Cent-Münzen, die kleinsten Zahlungsmittel im Eurokreislauf, aus dem Verkehr zu ziehen. Das Herstellen zumindest der Ein-Cent-Stücke sei teurer als ihr Wert, lautet ein Argument. Sie zu ordern, bereitzuhalten und herauszugeben sei beschwerlich. Auch auf den zusätzlichen bürokratischen Aufwand wird hingewiesen. Dagegen setzen Einzelhändler häufig auf Preise von 98 oder 99 Cent, also knapp unterhalb voller Euro-Beträge, weil sie sich davon einen psychologischen Kauf-Effekt erhoffen.

In einigen EU-Mitgliedsstaaten sind die kleinen Münzen bereits abgeschafft. Das Auf- und Abrunden ist dort üblich – etwa in den Niederlanden, Finnland und inzwischen auch in Belgien. Die kleinen Geldstücke bleiben aber auch dort gesetzliches Zahlungsmittel. Die Abschaffung einzelner Münzen könnte nur auf europäischer Ebene beschlossen werden. Nicht ganz abwegig ist, dass die EU-Pläne den Einstieg in ein weit größeres Vorhaben bedeuten könnten: das Aus für alle Münzen und Scheine und nur noch Karten als Zahlungsmittel. In der Logik des Sparens sind kleine Münzen ein Teil der großen Münzen. Auch heutzutage gibt es genügend Menschen, die mit jedem Cent rechnen und auf jeden Cent achten müssen, so drücken Kleinmünzen Wertschätzung für Sparsamkeit aus.

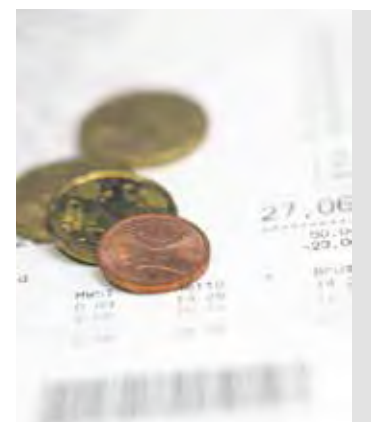


Foto: M. Schuppich / Adobe Stock

Noch gibt es beim Wechselgeld auch kleine Münzen.



Termine der Kreis- und Ortsverbände

Liebe Mitglieder und Freund*innen des SoVD

In den Kreis- und Ortsverbänden bieten wir zahlreiche Aktivitäten an. Unsere Mitglieder und Gäste laden wir herzlich ein, daran teilzunehmen. Die jeweiligen Ansprechpartner*innen stehen Ihnen telefonisch sowie per E-Mail zur Verfügung. Die Termine entnehmen Sie bitte der monatlichen Übersicht. Wir freuen uns auf Sie!

SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Tel.: 030/26 39 38 80.

Sozialberatung / Antragstellung Rente & Schwerbehinderung, Montag und Donnerstag 14-17 Uhr nach telefonischer Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 38 11.

Sozialberatung: Dana Raabe, Tel.: 030/26 39 38 11..

Allgemeine Verwaltung: Jenny Fruth, Tel.: 030/26 39 38 26.

Mitgliederverwaltung und Buchführung: Bernhard Kippert, Tel.: 030/26 39 38 14.

Haustechnik / Verwaltung: Torsten Pavel, Tel.: 030/26 39 38 15.

Presse/Verbandszeitung: Ute Loßin, Tel.: 030/26 39 38 27.

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: Heike Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21.

Kreisverband Bezirksverband Brandenburg Süd-West Kontaktstelle Brandenburg an der Havel

Versammlungsort: Die Altstädter e. V., Bäckerstr. 14, 14770 Brandenburg an der Havel, Anschrift Kontaktstelle: Ritterstr. 95, 14770 Brandenburg a. d. H., Info: Dagmar Herz, Tel.: 03381/5 51 51 31, E-Mail: bastelherz@hotmail.de, Sprechstunde: jeden Dienstag von 10-13 Uhr.

Kontaktstelle Cottbus (Niederlausitz)

Ansprechpartner: Landesverband Berlin-Brandenburg, Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 80, E-Mail: joachim.melchert@sovd-bbg.de.

Kontaktstelle Jüterbog (Teltow / Fläming)

Ansprechpartnerin: Marlies Zappe, Tel.: 03372/43 33 97, Neuheim 6, 14913 Jüterbog.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: 1. Bezirksvorsitzender Peter Ernst, Birkenwerder Str. 2, 16567 Mühlenbeck, Tel.: 033056/40 75 13,

Fax: 033056/40 75 14, Mobil: 0178/1 80 00 52, E-Mail: sovd@online.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: 1. Vorsitzender Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: info@fachanwalt-drbock.de.

Kreisverband Berlin-Ost Servicesprechstunde und Sorgentelefon

Montags, 13-17 Uhr, andere Tage nach Absprache. Wir bitten um telefonische Terminvereinbarung. Ansprechpartner: Holger Kahl, Tel.: 030/72 62 22 385, mobil: 0173/5 64 72 36, Fax: 030/67 89 53 74, E-Mail: sovkv-ost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

14. April, 14-16 Uhr: Mitgliederversammlung, Begegnungsstätte Judith-Auer-Straße 8, 10369 Berlin. Info: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 0170/33 51 445, E-Mail: ursula@engelen-kefer.de.

Ortsverband Berlin-Mitte

Info: Dominique-Mpaka Botembe, Tel.: 0152/14 56 21 17 (mobil), E-Mail: dominique-mpaka.botembe@sovd.de.

Hinweis: Bei Umzug oder familiären Veränderungen unbedingt die neue Adresse an den SoVD melden.

Ortsverband Treptow-Köpenick

14. April, 14 Uhr: Mitgliederversammlung, Ort: Altes Rathaus Johannisthal, Sternendamm 102, 12487 Berlin. Zu erreichen: Bus 160 und M11 sowie Tram 60 Info: Michael Nakoinz, Tel.: 030/6 54 15 90, E-Mail: m.nakoinz@gmail.com.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf Ortsverband Charlottenburg

8. April, 16 Uhr: Mitgliederversammlung, Restaurant „Rouladenhaus zur Quelle“, Nonnendammallee 83, 13629 Berlin.

16. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Stadtteilzentrum Nehringstraße 8. Info: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/38 27 645,

mobil: 0152/54 30 73 39, E-Mail: sovd-ov-charlottenburg@gmx.de.

Vorankündigung: 10. Juni: Sozialpolitische Informationsfahrt nach Oberjünne (Spargelessen / Kremserfahrt), Abfahrt vom Rathaus Charlottenburg. Änderungen vorbehalten. Anmeldung bei Jürgen von Rönne, Tel.: 030/3 82 76 45.

Ortsverband Wilmersdorf

Jeden 4. Samstag im Monat: Frauenstammtisch ab 10 Uhr im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin. Voranmeldung bei Barbara Kubanke, Tel.: 030/3 81 27 03.

16. April, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vortrag „Wie erkenne ich Demenz?“, Ort: Werner-Bockelmann-Haus, Bundesallee 49, 10715 Berlin. Info: Bodo Feilke, Tel.: 81 78 682 oder E-Mail: b.feilke@gmx.de.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

20. April, 16.15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen, Gemeindegemeinde, Alt-Buckow 38, 12349 Berlin. Info: Edith Massow, Tel.: 030/60 32 810, E-Mail: edith-massow@t-online.de. Anmeldung für die Rentenberatung unter Tel.: 0175/10 57 894 (mobil).

Kreisverband Reinickendorf Ortsverband Frohnau

9. April, 13 Uhr: Mitgliederversammlung, Ort: Maestral – Jugoslawisches Grillhaus, Eichborndamm 236, 13437 Berlin. Info: Katrin Westphal, Tel.: 030/75 70 71 11, Knut Jacob, Tel.: 030/47 37 09 10.

Kreisverband Spandau Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

23. April, 18.45 Uhr: Mitgliederversammlung, Seniorenklub „Lindenufer“, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. Info: Elke Beuke, Tel.: 030/3 63 43 34, E-Mail: h-beuke@t-online.de.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

2. April, 18.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit einer Einführung zur Nutzung des Smartphones, Ort: Seniorenbegegnungsstätte Lindenufer, Mauerstr. 10 A, 13597 Berlin, Info unter: Tel.: 0171/12 51 999.

Kreisverband Steglitz Ortsverband Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde

8. April, 15-17 Uhr: Mitglie-

dersammlung mit Bericht über den Landesverbandstag. Ort: Maria-Rimkus-Haus (barrierefrei), Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

Sozialberatung nur nach vorheriger Anmeldung. Info: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/76 40 32 10, E-Mail: wolfgang.engelmann@kabelmail.de, oder Dieter Effner, Tel.: 030/7 21 42 98, E-Mail: dundbeffner@t-online.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

18. April, 15-18 Uhr: Mitgliederversammlung mit sozialpolitischen Themen, Ort: Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“ 12, 10825 Berlin.

Sprechstunde / Sozialberatung jeden 3. Mittwoch, 15-17 Uhr, Kurfürstenstraße 131. Info: Mitgliederbetreuung, Telefon zur Sprechstunde und dienstags, 11-13

Uhr, Tel.: 030/26 39 38 22, E-Mail: kv-schoeneberg@sovd-bbg.de.

Bei Umzug bitte Änderungen telefonisch mitteilen.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

7. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Auswertung der Landesverbandstagung mit den Delegierten, Ort: Waldstr. 48, 10661 Berlin.

18. April: Ganztägige Standbesetzung Berliner Freiwilligenbörse im Roten Rathaus Berlin-Mitte. Anmeldung bei Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/414 46 62 oder dienstags in der Geschäftsstelle. Info: Joachim Krüger: E-Mail: j.h.krueger@gmx.net.

Kreisverband Zehlendorf Ortsverband Zehlendorf

17. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Café Lebensart, Clayallee 346, 14169 Berlin. Info: Hans Drenckmann, Tel.: 030/79 22 648.



Glückwünsche

Nimm die Jahre nicht so wichtig, lebst du glücklich, lebst du richtig. So wird jedes Lebensjahr einfach super, ist doch klar. **Unbekannt**

Wir gratulieren allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, sehr herzlich. Möge ein gutes Jahr auf Sie warten mit viel Glück, Gesundheit, Fröhlichkeit und Optimismus.

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 5.4.: Wolfgang Koch, Berlin; 13.4.: Rolf Seidel, Berlin; 21.4.: Erwin Duscher, Berlin.

91 Jahre: 22.4.: Lothar Buchin, Schönefeld; 28.4.: Dieter Eulberg, Berlin; 30.4.: Cäcilie Bietau, Berlin.

92 Jahre: 18.4.: Manfred Wolf, Brandenburg; 24.4.: Werner Sugge, Berlin.

94 Jahre: 6.4.: Ilse Werner, Wustermark; 18.4.: Sieghard Schmidt, Potsdam.

95 Jahre: 9.4.: Heinz Grafendorff, Berlin.

98 Jahre: 16.4.: Johannes Wegener, Berlin

Herzliche Gratulation und Dank für Treue zum SoVD gehen an:

Für 30 Jahre: 1.4.: Peter-Ingo Österreich, Berlin; 23.4.: Henrik Schmidt, Berlin.

Für 35 Jahre: 1.4.: Fritz Kuna, Berlin; 9.4.: Günter Otto, Berlin; 22.4.: Anna Marie Ossig, Berlin; 25.4.: Edith Lemke, Berlin.

Für 60 Jahre: 1.4.: Charlotte Reichwald, Berlin; 8.4.: Peter Heinrich, Überlingen.

(Stand: 26.2.2020)

Ursula Engelen-Kefer spricht im Radio

Auf der Internetseite des SoVD Berlin-Brandenburg werden Interviews der Landesvorsitzenden Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer veröffentlicht, die regelmäßig mit dem Radiosender „Audiodar FM“ über sozialpolitische Themen spricht

Sendeauschnitte sind bei „www.sovd-bbg.de/interviews“ nachhörbar.

Kurzarbeit kann eine Alternative für Betriebe in Schwierigkeiten sein

Kürzer arbeiten statt Entlassung

Sei es durch eine saisonbedingte Flaute, durch Lieferengpässe von (Roh-)Stoffen oder einfach nur durch das Ausbleiben von Aufträgen: Gerät ein Unternehmen in eine wirtschaftliche Schiefelage, so kann „Kurzarbeit“ helfen, solche Phasen zu überstehen, ohne Mitarbeiter entlassen zu müssen.

Nachrichten über den – in welcher Form auch immer – bevorstehenden Brexit, Strafzölle, Handelskonflikte und den Coronavirus sind Faktoren, die die Konjunktur ausbremsen. Unternehmen spüren das. Das Thema „Kurzarbeit“ ist präsent wie lange nicht in den Werks- und Produktionshallen – speziell in der Auto- und Metallindustrie.

Spricht der Arbeitgeber Kurzarbeit aus, dann arbeiten die Beschäftigten für einen bestimmten Zeitraum weniger – oder gar nicht. Das kann auch nur einzelne Abteilungen im Betrieb treffen. Damit die Arbeitnehmer auch in dieser Zeit den Lebensunterhalt einigermaßen bestreiten können, erhalten sie „Kurzarbeitergeld“ (Kug).

Die Höhe des Kurzarbeitergeldes hängt vom Verdienst und davon ab, ob ein „steuerlich zu berücksichtigendes“ Kind vorhanden ist. Der Arbeitgeber zahlt anteiligen Lohn und die Bundesagentur für Arbeit stockt diesen auf – und zwar um 60 Prozent des Nettolohns, welches dem Arbeitnehmer entgangen ist. Vereinfachtes Beispiel (die Beträge sind gerundet, die Rechnung ist im Detail etwas komplizierter): Ein Arbeitnehmer, der normalerweise 2.500 Euro brutto verdient, hat wegen der Kurzarbeit nur 1.250 Euro brutto. Unter dem Schlusstrich der Rechnung (es gibt noch pauschale Abzüge, um auf das Netto zu kommen, und die persönliche Steuerklasse spielt auch eine Rolle) stehen für ihn rund 600



Foto: christian / Adobe Stock

Wer früh geht, tut es manchmal unfreiwillig, weil Kurzarbeit angeordnet wurde.

Euro Kurzarbeitergeld. Hat er ein Kind auf der Steuerkarte, so zahlt die Bundesagentur für Arbeit 67 Prozent des entgangenen Nettolohns. Im Vordergrund beim Kurzarbeitergeld steht, dass die Beschäftigten auch im wirtschaftlichen Notstand des Unternehmens ihren Arbeitsplatz behalten.

Es gibt zwei Arten von Kurzarbeitergeld. Zum einen das konjunkturelle Kurzarbeitergeld aus wirtschaftlichen Ursachen oder wegen eines unabwendbaren Ereignisses. Und zum anderen das Saison-Kurzarbeitergeld, das verhindern soll, dass der Arbeitnehmer in „Schlechtwettermonaten“ aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden müssen. Dieses gibt es vor allem in Berufen im Baugewerbe sowie im Dachdeckerhandwerk oder im Garten- und

Landschaftsbau. Arbeitnehmer also, die in den Monaten mit „Schlecht-Wetter“ Wetter von einem Arbeitsausfall betroffen sein können. Wichtig: Anspruch auf Saison-Kurzarbeitergeld besteht nur, wenn der Ausfall „unvermeidbar“ ist. Das hat auch schon das Bundessozialgericht auf den Plan geführt. Die Richter haben geurteilt, dass „Saison-Kug“ nur zusteht, wenn „ein erheblicher Arbeitsausfall vorliegt, der auf einem unabwendbaren Ereignis beruht“. Und ergänzt: „Ein unabwendbares Ereignis liegt insbesondere dann vor, wenn ein Arbeitsausfall auf ungewöhnlichen, dem üblichen Witterungsverlauf nicht entsprechenden Witterungsgründen beruht“. Es müsse sich um ein „von außen auf den Betrieb einwirkendes Ereignis“ handeln (BSG, B 11 AL 3/14 R). Finanziert wird das Saison-Kurzarbeitergeld übrigens durch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Die gesetzliche Regel-Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld beträgt längstens 12 Monate.

Interessant: Auch für Geringverdiener gibt es eine Tabelle, aus der hervorgeht, in welcher Höhe Leistungen Mitarbeitern zustehen, für die Sozialversicherungsbeiträge nicht gezahlt wurden. Ein einfaches Beispiel: Eine Reinigungskraft verdient üblicherweise 300 Euro im Monat. Ihr Arbeitgeber meldet Kurzarbeit an, ihre Arbeitszeit reduziert sich auf ein Drittel und der Chef überweist noch 100 Euro. Für diese Verdiensthöhe beträgt das „Kug“ 120 Euro. Die Frau erhält also insgesamt 220 Euro.

Und: Einen Antrag auf Kurzarbeitergeld müssen die Beschäftigten nicht stellen. Innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Monaten muss das der Arbeitgeber bei der Agentur für Arbeit „Kug“ getan haben. Die Frist beginnt mit Ende des Monats zu laufen, in dem „der Notstand ausgebrochen“ ist. Der Zuschuss von der Arbeitsagentur geht an den Arbeitgeber, der diesen zusammen mit dem Entgelt überweist. Grund dafür ist die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers gegenüber den Arbeitnehmern.

Quelle: mh



Im konstruktiven Austausch (von links): 2. Landesvorsitzender Karl-Otto Harms, 1. Landesvorsitzender Joachim Wittrien, Sofia Leonidakis, Fraktionsvorsitzende Die Linke, und Geschäftsstellenleiterin Diana Maleschewski.

Die Linke zu Besuch beim SoVD-Landesverband

Konstruktives Gespräch

Anfang Februar war Sofia Leonidakis, Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke und Sprecherin für Soziales, Kinder und Flucht, zu Gast in der Landesgeschäftsstelle im Breitenweg. Eines der Gesprächsthemen war aus aktuellem Anlass die Armut.

Neben einem gegenseitigen Kennenlernen ging es in dem ungefähr zweistündigen Gespräch mit der Linken-Fraktionsvorsitzenden Sofia Leonidakis um Themen rund um den Pflegenotstand, soziale Gerechtigkeit und die aktuelle Entwicklung des Auseinanderdriftens von Arm und Reich. Auch die Ergebnisse der 4. Bremer Armutskonferenz, die am Tag zuvor stattfand, wurden diskutiert.

Natürlich tauschten sich die Gesprächsteilnehmer auch über das diesjährige Motto des SoVD „Mit dir. Für alle. Gegen soziale Kälte.“ sowie die im Juni geplante Aktion auf dem Bremer Marktplatz aus. „Es war ein anregendes und sehr konstruktives Gespräch in entspannter Atmosphäre“, freute sich SoVD-Landesvorsitzender Joachim Wittrien.

Benefizkonzert

Zugunsten des Landesverbandes Bremen im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. findet am

19. Mai um 20 Uhr

ein Benefizkonzert des Musikcorps der Bundeswehr statt, Ticketpreis ab 18 Euro.

Veranstaltungsort ist Die Glocke, Das Bremer Konzerthaus, Domsheide 6–8, 28195 Bremen.

Ticketservice der Glocke unter Tel.: 0421/33 66 99, über www.glocke.de, bei Nordwest-Ticket unter Tel.: 0421/36 36 36, über www.nordwest-ticket.de oder in allen NWT- und Eventim-Vorverkaufsstellen.

Coronavirus-Hotline

Die Krankenkassen bieten ihren Mitgliedern Telefon-Hotlines für Fragen und Infos zum Coronavirus. Hier eine Auswahl:

TK: Tel.: 040 / 46 06 61 91 60 (Ortstarif, 24 Stunden),
AOK: Tel.: 0800 / 126 52 65 und AOK Baden-Württemberg, Tel.: 0800 / 105 05 01 (kostenfrei, 24 Stunden),
DAK: Tel.: 040 / 325 325 800 (Ortstarif, 24 Stunden),
Barmer: Tel.: 0800 / 84 84 111 (kostenfrei, 24 Stunden),
IKK classic: Tel.: 0800 / 455 1000 (kostenfrei, 6–22 Uhr).



Foto: Seventyfour / Adobe Stock

Wenn eine Firma vorübergehend in der Krise steckt, kann die Kurzarbeit eine Lösung sein, um Entlassungen zu verhindern.

Ortsverbände suchen Leute fürs Ehrenamt

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, suchen wir Interessierte, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer freien Zeit machen möchten.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle. Wir freuen uns über Ihren Anruf:

Kreisverband Bremen: 0421/16 38 490,
Kreisverband Bremerhaven: 0471/28 006.



Glückwünsche



Foto: Dora Zett/fotolia

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich. Er wünscht diesen alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen derzeit erkrankten Mitgliedern wünscht der Landesverband eine baldige Genesung.

Noch freie Plätze

Der SoVD-Landesverband Bremen kann seinen Mitgliedern wieder einige freie Plätze bei der Warmwassergymnastik anbieten. Sie findet statt am Montag, Donnerstag und Freitag bei circa 32 Grad Wassertemperatur im Berufsbildungswerk Bremen in der Universitätsallee 20 in Bremen.

Wenn Sie etwas Gutes für sich und Ihre Gesundheit tun wollen, melden Sie sich einfach in der Landesgeschäftsstelle Bremen, Breitenweg 10-12, oder unter der Telefonnummer: 0421/1 63 84 90.

Dort erhalten Sie weitere Infos, die genauen Zeiten und Details zu Ihrer Anmeldung.



Robert Kneschke/fotolia

Schon die Gelenke und der Schweiß kann nicht fließen: Bewegung im Wasser.



Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartnerinnen und -partner des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen. Tel.: 0421/1 63 84 90, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven. Tel.: 0471/2 80 06, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Die Stiftung Warentest gibt Tipps zum Eierkauf zu Ostern

Bitte gesund und tierfreundlich

Zu Ostern in bunte Schalen gehüllte Eier verschleiern fix und fertige Produkte, woher sie kommen und dass sie auch aus Käfighaltung stammen können, da die Art der Haltung bei Legehennen nicht angegeben werden muss.

Bei verzehrfertigen gefärbten Eiern im Karton oder in der Plastikschaale müssen Mindesthaltbarkeitsdatum, Stückzahl und Name und Anschrift des Anbieters angegeben sein. Außerdem sind auf der Packung auch noch die verwendeten Farbstoffe aufgelistet. Bei lose angebotener Ware auf Wochenmärkten oder im Einzelhandel reicht es, wenn auf einem Schild neben den bunten Eiern das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) und der Hinweis „mit Farbstoff“ angegeben sind. Gefärbte Eier im Handel ohne Nennung des Mindesthaltbarkeitsdatums besser nicht kaufen.

Beim Färben verwendet werden übrigens nur Farbstoffe, die zur Färbung von Lebensmitteln zugelassen sind. Dennoch können Allergiker empfindlich reagieren. Auch wer beim Eierkauf auf artgerechte Tierhaltung achtet, muss eher selbst färben, denn die Legehennenhaltung muss bei bunten Eiern nicht gekennzeichnet werden. Dennoch findet man diese Angabe immer häufiger. Es lohnt sich, auf diese eventuelle freiwillige Zusatzinformation auf der Verpackung zu achten.

Hier muss auf der Verpackung neben dem Mindest-



Foto: seeyou | c. steps / Adobe Stock

Wer vorgefärbte Eier im Supermarkt kauft oder sie selbst färbt, sollte darauf achten, woher diese kommen und wie alt sie sind.

haltbarkeitsdatum zusätzlich die Haltungsform in Worten angegeben sein, damit Kunden erkennen können, ob die rohe Ware aus Bio-, Freiland-, Boden- oder Käfighaltung stammt. Eine „0“ an erster Stelle gibt die Herkunft aus ökologischer Erzeugung an, eine „1“ steht für Freilandhaltung, die Ziffer „2“ für Boden- und eine „3“ für Käfighaltung. An nächster Stelle offenbaren Länderkürzel das Herkunftsland. Um die Herkunft vom Verkauf bis zum Stall zurückverfolgen zu können, zeigt der abschließende siebenstel-

lige Zahlencode auf deutschen Eiern das jeweilige Bundesland sowie die entsprechende Betriebs- und Stallnummer an.

Ausschlaggebend für die Haltbarkeit selbst gefärbter Eier ist, ob die Schale unverletzt ist und die Eier nach dem Kochen abgeschreckt werden oder nicht. Abgeschreckte Eier mit intakter Schale müssen auch bei kühler Lagerung innerhalb von zwei Wochen verzehrt werden. Die Haltbarkeit von nicht abgeschreckten Eiern mit unverletzter Schale beträgt hingegen mehr als vier Wochen.



Termine der Orts- und Kreisverbände

Landesverband Bremen

Wenn Sie Interesse haben, per E-Mail Infos über Veranstaltungen des SoVD zu erhalten, können Sie gern der Landesgeschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse mitteilen unter: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremen

Ortsverband Gröpelingen
8. April, 10 Uhr: Mitgliederversammlung.

25. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen.

Ort: Torhaus Nord, Liegnitzstraße 63, 28237 Bremen. Voranmeldung für beide Veranstaltungen bei Marianne Stelzenmüller, Tel.: 0421/70 90 73 80, oder Annegret Hensel, Tel.: 0421/39 63 430, jeweils montags bis freitags von 19 bis 20 Uhr.

Der Ortsverband sucht noch Beisitzer*innen, Auskünfte dazu bei Marianne Stelzenmüller.

Ortsverband Süd

8. April, 15 Uhr: Klönschnack,

„Hofs Restaurant“, Rablinghauser Landstraße 51, 28197 Bremen.

Ortsverband Bremen-Zentrum

23. April, 15 Uhr: Politischer Klönschnack mit Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte in der Landesgeschäftsstelle Bremen, Breitenweg 10/12, 28195 Bremen. Es wird um Anmeldung bei Frau Zehe unter Tel.: 0421/16 38 49 32 gebeten.

Kreisverband Bremerhaven

Ortsverband Bremerhaven Nord/Süd

21. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vortrag zum Thema „Leben mit Krebs“, Altbürgerhaus, Neulandstr. 48, 27576 Bremerhaven.

Ortsverband Geestemünde

8. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen und Ehrungen, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8, 27570 Bremerhaven. Auskünfte erteilen Karin Michaelson (Tel.: 0471/55 222)

und Rosmarie Mangels (Tel.: 0471/73 545).

Ortsverband Leherheide

17. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung (Infoveranstaltung), Lukaskirchengemeinde Bremerhaven, Louise-Schroeder-Straße 1, 27578 Bremerhaven.

Kreisverband Bremen-Nord

Ortsverband Blumenthal-Farge

4. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, „Zum Grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Lesum

20. April, 18 Uhr: Vorstandssitzung. Lesumer Hof, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

Ortsverband Vegesack

30. April, 16 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vortrag von Dr. Holnack zum Thema „Zahnmedizin und richtige Pflege“, Gustav-Heinemann-Bürgerhaus, Raum E03, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

SoVD und DGB kritisieren die Missstände in den Grundsicherungsämtern

Unhaltbar für alle Betroffenen

Personelle Engpässe und eine Softwareumstellung, die nicht wirklich funktioniert: Die Mitarbeiter*innen in den Grundsicherungsämtern sind komplett überlastet. Die Folgen für die betroffenen Bürger*innen können existenziell sein.

Monika L. ist verzweifelt. Jeden Morgen, den die Sachbearbeiterin eines Hamburger Grundsicherungsamts ins Büro kommt, weiß sie mit Blick auf die stetig anwachsenden Aktenberge: Sie wird es heute wieder nicht schaffen. Wieder werden Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, nicht die nötigen Zahlungsanweisungen bekommen, damit sie über die Runden kommen.

Dabei ist es gar nicht so, dass sie ihren Job nicht machen will. Dennoch kommt Monika L. zurzeit kaum von der Stelle: „Nach zehn Stunden Arbeit denkt man, man hat nichts wirklich geschafft. Ich fühle mich sehr schlecht, wenn die Menschen zu mir kommen und mich regelrecht anbetteln müssen – das finde ich absolut erniedrigend“, erzählt sie.

Die Gründe dafür, dass sie und ihre Kollegen zurzeit in Aktenbergen ertrinken, sind vielschichtig. Ver.di-Gewerkschaftssekretärin Sabine Meyer: „Die Fallzahlen pro Mitarbeiter sind von 250 auf jetzt bis zu 400 Fälle drastisch gestiegen.“ Monika L.: „Wir haben zu wenig Kolleg*innen und eine Entlastung ist nicht in Sicht.“ Wundern tut sie sich darüber nicht wirklich: „Man muss einfach mal sehen, dass wir nicht besonders gut bezahlt werden. Da lohnt sich ein Job in der freien Wirtschaft mehr.“

Mit den personellen Engpässen könnte sie irgendwie umgehen, aber das ist es ja nicht allein: Der wahre Kern des Pro-



Foto: H_Ko/Adobe Stock

Bei den Mitarbeiter*innen der Hamburger Grundsicherungsämter stapeln sich die Akten, die bearbeitet werden müssen.

blems ist die Umstellung auf die neue Computersoftware Prosoz. Neben der Sozialhilfe werden darüber Wohngeldzuschüsse, Obdachlosenhilfen, Aufstockungen zur Rente sowie Eingliederungshilfen gewährt. Hinzu kommen Zahlungen an freie Träger, die sich in der Eingliederungshilfe engagieren.

Offenbar ist die Software nicht gut an den Hamburger Bedarf angepasst. Das führt zu Komplikationen: „Es kommt immer wieder vor, dass wir zum Beispiel die Miete für unsere Kunden falsch überweisen, obwohl im System alles richtig angelegt ist. Das hat zur Folge, dass unsere Klienten Probleme mit ihrem Vermieter bekommen und im schlimmsten Fall die Wohnung gekündigt wird.“

Auch Thomas Auth-Wittke vom DGB-Bezirksverband Bergedorf und Sprecher der Perso-

nalräte der Hamburger Bezirksämter kritisiert die unhaltbaren Zustände: „Das Personal in den Ämtern für Grundsicherung, Sozialhilfe und die Eingliederungshilfe ist seit Jahren notorisch unterbesetzt. Hinzu kommen die fehlende Ausbildung in den Vorjahren, die Konkurrenz am Arbeitsmarkt und das neue Computerprogramm. Hamburg wächst – das spiegelt sich in den Mehreinstellungen allerdings kaum wider. Es wurde zehn Prozent zusätzliches Personal eingestellt. Dies geht allerdings unter, weil sich der bürokratische Aufwand aufgrund einer Veränderung des Meldegesetzes schon wieder erhöht hat. Das neue Personal deckt also lediglich den durch die Reform gestiegenen Bedarf ab.“

Der Hamburger SoVD-Landeschef Klaus Wicher fordert die Hamburger Verwaltung auf, endlich zu handeln: „Sozialhilfe ist immer Einzelfallhilfe. Die Menschen, die darauf angewiesen sind, leben von der Hand in den Mund. Schon allein aus Fürsorgepflicht muss hier so schnell wie möglich gehandelt werden, damit die Mitarbeiter*innen ihren Job machen können und den Betroffenen das Geld gezahlt wird, das ihnen zusteht.“

Sollte die Zahlung vom Grundsicherungsamt nicht kommen, rät er: „Wenn Sie Ihre Ansprüche nicht persönlich einfordern wollen, wenden Sie sich an den SoVD – wir helfen Ihnen weiter.“



Ansichten

Liebe Mitglieder,

die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft haben mit starken Zugewinnen der Grünen und mit einer – trotz Verlusten – starken SPD abgeschlossen. Die FDP hat den Wiedereinzug ins Parlament nicht geschafft und die CDU ist an einem historischen Tiefpunkt angekommen. Die Linke kann sich über leichte Zugewinne freuen. Die AfD hat knapp den Einzug ins Parlament geschafft, was wir uns nicht gewünscht haben.

Erst nach Redaktionsschluss haben die Sondierungsgespräche begonnen – wir werden in der nächsten Ausgabe auf eine mögliche Koalition und deren Schwerpunkte eingehen. Unsere Haltung dazu können Sie aber schon vorher auf unserer Webseite verfolgen.

In den Grundsicherungsämtern geht es offenbar drunter und drüber. Es leiden darunter Menschen, die auf die Leistungen und Zahlungen angewiesen sind. Bescheide werden nicht erstellt oder falsch ausgestellt, Gelder nicht gezahlt oder an den falschen Adressaten überwiesen. Die neue Computersoftware ist nicht gut händelbar und es fehlen Mitarbeiter*innen in großer Zahl. Die Politik und der Senat haben sich ganz offensichtlich zu spät und mit zu wenig Energie diesem Problem gewidmet. Ähnlich läuft es beim Thema Eingliederung, wo Menschen mit Behinderungen benachteiligt werden. Im nebenstehenden Bericht zeigen wir auf, was passiert ist und wie man dem Missstand begegnen muss.



Klaus Wicher

Ihr Klaus Wicher,
1. Landesvorsitzender

Infos zum Coronavirus

Aktuelle Informationen, unter anderem zur Zahl der bestätigten Infektionen in Hamburg, erhalten Sie in den Pressemitteilungen der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Für alle Hamburgerinnen und Hamburger hat die Stadt Hamburg eine Hotline eingerichtet, diese ist unter Tel.: 42 82 84 000 zu erreichen.

Unter Tel.: 116 117 ist der Arzttruf der kassenärztlichen Vereinigung zu erreichen. Er berät bei einem konkreten Infektionsverdacht telefonisch und vermittelt gegebenenfalls in die Versorgung. In Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburgs wird versucht, die Kapazitäten zu erweitern.

Wenn Sie glauben, dass Sie infiziert sind, ist es das wichtigste, keine Arztpraxis oder Notaufnahme aufsuchen – dadurch könnten im Zweifel andere Patient*innen angesteckt werden. Hamburger*innen mit einschlägigen Symptomen, die in jüngster Zeit in betroffene Gebiete gereist sind oder die Kontakt zu Personen hatten, die infiziert sein können, können sich in ihrer Arztpraxis oder unter den oben angegebenen Nummern Rat holen. Die kassenärztliche Vereinigung Hamburgs bereitet vor, dass nach Rücksprache unter Tel.: 116 117 eine Testung zu Hause erfolgen kann, um weitere Kontakte mit anderen Menschen zu vermeiden (Stand: 10. März 2020).

Die Behörde rät weiterhin dazu, die Hygieneregeln zu befolgen: regelmäßig sorgfältig Hände zu waschen, auf eine korrekte Hust- und Niesetikette (ins Taschentuch oder in die Armbeuge husten/niesen) zu achten und genügend Abstand zu Personen zu halten.

Weitere Informationen und Hygienetipps finden Sie im Internet auf der Seite www.infektionsschutz.de der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung. *Quelle: hamburg.de*



Foto: auremar/Adobe Stock

Lange Wartezeiten und Bearbeitungszeiten verärgern Kundinnen und Kunden.

Beratungs- und Kursangebot für Pflegende

Anmeldung erforderlich unter Tel.: 040/6 11 60 70 oder per E-Mail an info@sovd-hh.de.

Beratungszentrum Barmbek, Pestalozzistraße 38

24. April, 10–13 Uhr: Orientierungskurs „Was heißt denn hier Demenz?“

24. April, 14–16: Pflorgetreff für Angehörige.



Information, Kultur und Unterhaltung

Ortsverband Bahrenfeld

16. April, 15 Uhr: „Herr Maschke kämpft sich durch den Straßenverkehr“, Puppenspiel, Nachbarschaftstreff Bahrenfelder Dreieck, Woyschweg 21/23.

Ortsverband Barmbek-Nord

14. April, 15 Uhr: Die „Allianz pflegender Angehöriger – Interessengemeinschaft und Selbsthilfe e. V.“ stellt sich vor, Bürgerhaus Barmbek, Lorichstr. 28 a.

Ortsverband Bergstedt-Sasel

6. April, 17 Uhr: „Lass dich überraschen“.

20. April, 15 Uhr: Spielenachmittag.

Veranstaltungsort: „Zum Bergstedter“, Teekoppel 9.

Ortsverband Bramfeld-Farmsen

14. April, 15 Uhr: „Klavier-Comedy-Show“ mit Barpianist David Harrington, Kostenbeitrag: 5 Euro, Max-Brauer-Haus (Seniorenwohnanlage der Alida-Schmidt-Stiftung), Hohnerredder 25.

Ortsverband Bramfeld-Süd

17. April, 15 Uhr: „Aus dem Berufsleben eines Imkers“, Referent: Heino Susott, Obmann für Jugendarbeit Imkerverband Hamburg e. V., ASB-Seniorentreff, Bramfelder Chaussee 11.

Treff Rothenburgsort

8. April, 15 Uhr: „Frühlingserwachen bei den Bienen“, AWO-Seniorentreff, Rothenburgsorter Marktplatz 5.

Ortsverband Hamburg-Mitte

9. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Rechenschaftsbericht und Entlastung des Vorstands. Anschließend „Neues aus der Pflege“, Uwe Werner informiert (für Billstedt, Hanseat, Kirchdorf-Wilhelmsburg), AWO-Seniorentreff (Billstedt-Center), Lorenzenweg 2 B.

Ortsverband Iserbrook / Finkenwerder

25. April: Tagesfahrt zum Dithmarscher Kohl-Büfett in Wesselburen.

Ortsverband Langenhorn

17. April, 14 Uhr: „Hagenbecks polare Welten“, Referent: Cord Crasselt, Tierpark Hagenbeck, Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landstr. 41.

Ortsverband Lurup-Osdorf

17. April, 16 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen, AWO-Seniorentreff, Bürgerhaus Bornheide, Pavillon 5 (orange), Bornheide 76 e.

Ortsverband Marmstorf

7. April, 15 Uhr: Kaffee- und Spielenachmittag in der Kirchengemeinde Sinstorf.

15. April, 16 Uhr: „Tarife und Automaten“, Michael Krieger von der HVV-Mobilitätsberatung informiert, Jägerhof, Ehestorfer Heuweg 12-14.

15. April: Schiffstour auf der Elbe und Dove-Elbe. Anmeldung bei Pawlak, Tel.: 76 91 02 25.

Ortsverband Niendorf / Schnelsen

2. April, 10.30–12.30 Uhr: Sprechstunde zur Marktzeit, Garstedter Weg 13 (Raum 36).

9. April, 16 Uhr: „Frauenpoli-

tik im SoVD“, Landesfrauensprecherin Susanne Langhagel ist zu Gast im Ortsverband, AWO-Aktivtreff Niendorf, Tibarg 1 b.

28. April: Ausflug mit dem ÖPNV zum Museumsdorf in Hamburg-Volksdorf, Anmeldung bei Burkard, Tel.: 55 53 821, oder Finck, Tel.: 55 12 840.

Treff Ottensen

22. April, 15 Uhr: „Frühlingserwachen bei den Bienen“, DRK-Seniorentreff „Haus Ottensen“, Holstenring 6.

Ortsverband Rahlstedt

21. April, 15 Uhr: „Ausflüge mit dem HVV“, Michael Krieger von der HVV-Mobilitätsberatung informiert, Sozialer Dienst Karin Kaiser, Hameister-Haus, Rahlstedter Straße 187 a.

Treff Süderelbe

14. April, 16 Uhr: Aktuelles und Fragen zum Mietrecht mit dem Mieterverein zu Hamburg im Landhaus Jägerhof, Ehestorfer Heuweg 12-14.

Ortsverband Volksdorf

14. April, 15 Uhr: Klönschnack mit Kaffee und Kuchen.

28. April, 15 Uhr: Spielenachmittag.

Veranstaltungsort: „Luisenhof“, Am Luisenhof 1.



Sozialrechtsberatung



Foto: Wellnhofer Designs / Adobe Stock

Der SoVD Hamburg hilft seinen Mitgliedern bei Fragen und Problemen rund um alle Sozialleistungen. Wir informieren Sie, was Ihnen zusteht, unterstützen bei Anträgen, prüfen Bescheide und kämpfen in Widerspruchs- oder Klageverfahren für Ihr gutes Recht. So erreichen Sie uns: Tel.: 040/6 11 60 70, Fax: 040/61 16 07 50, E-Mail: info@sovd-hh.de. Hier sind wir für Sie vor Ort:

- **Landesgeschäftsstelle, Pestalozzistraße 38**, 22305 Hamburg. Montags bis mittwochs 9–16 Uhr, donnerstags 9–18 Uhr, freitags 9–14 Uhr.
- **Luruper Hauptstraße 149**, (gegenüber Eckhoffplatz), 22547 Hamburg. Dienstags bis donnerstags, 10–12 Uhr und 14–16 Uhr.
- **Marie-Bautz-Weg 11** (im Berufsförderungswerk Farmsen, Haus W, Raum 034, EG), 22159 Hamburg. Montags, 10–12 Uhr.
- **Winsener Straße 13**, 21077 Hamburg. Mittwochs 10–13 Uhr, donnerstags, 14.30–17.30 Uhr (Rentenberatung).
- **Beim Strohhaus 20** (beim Mieterverein zu Hamburg, direkt bei der U-/S-Bahnstation Berliner Tor), 20097 Hamburg. Jeden 1. Donnerstag im Monat, 14–17.30 Uhr.
- **Alte Holstenstraße 30**, im Marktkauf-Center (BAG), 21031 Hamburg. Freitags, 10–12 Uhr.
- **Serrahnstraße 1**, im DGB-Zentrum, 21029 Hamburg. Jeden 1. und 3. Dienstag, 14.30–16 Uhr (Beratung auch türkisch und englisch).
- **Tangstedter Landstraße 41**, im Bürgerhaus Langenhorn, 22415 Hamburg. Jeden 1. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr.
- **Gefionstraße 3**, im Bürgertreff Altona-Nord (BIB), 22769 Hamburg. Jeden 3. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr.
- **Julius-Vosseler-Straße 193**, Bürgerhaus Lenzsiedlung e. V. Jeden 2. Dienstag im Monat, 16 Uhr.
- **Schreyerring 27**, Café Steilshoop, jeden 4. Montag im Monat, 16–18 Uhr.

SoVD-Chorgemeinschaft

Alle musikalisch Interessierten heißen wir herzlich willkommen zu unseren offenen Proben jeden Donnerstag, von 19 bis 20.45 Uhr im Stadtteilkulturhaus Lurup (BÖV 38), Böverstland 38, 22547 Hamburg.

Ob Jung oder Alt – Singen macht glücklich! Als größter, leistungsfähigster Sozialverband und einflussreiche Stimme in Hamburg verschaffen wir seit Anfang 2020

auch allen singbegeisterten Hanseat*innen Gehör: mit unserer SoVD-Chorgemeinschaft im Hamburger Westen, ehemals Blankeneser Volkschor von 1892.

Singen Sie mit! Von Volkslied, Schlager, Pop über Hamburger oder internationale Folklore hin zu Gospel und Chorsätzen der Klassik: Der Chor hat ein breit gefächertes Repertoire und ist offen für alle, die Freude am Singen mitbringen, sich

in entspannter Atmosphäre stimmlich ausprobieren möchten, Lust und Laune auf ein geselliges Miteinander haben oder zunächst einfach nur zuhören möchten. Notenkenntnisse sind nicht erforderlich, auch Vorsingen muss bei uns niemand.

Schauen Sie vorbei – wir freuen uns auf Sie am 2. April. Ansprechpartner ist Michael Starke (Chorleiter), Tel.: 040/ 89 01 84 71.



Foto: highwaystarz / Adobe Stock

Gemeinsam singen macht gute Laune.

Neue Beratungsstellen des SoVD-Landesverbandes in Bad Hersfeld, Bad Homburg und Herborn eröffnet

SoVD-Sozialrechtsberatungsnetz erweitert

Der SoVD-Landesverband Hessen konnte auch im Februar und März dieses Jahres sein Beratungsangebot wieder erweitern. Zu den schon bestehenden Beratungsstellen sind neue in Bad Hersfeld, Bad Homburg und Herborn mit regelmäßigen Sprechstunden dazugekommen. Der Landesvorsitzende Rudolf Schulz und Projektleiterin Heike Sommerauer-Dörzapf waren jeweils vor Ort.

In **Bad Hersfeld** ist am 15. März ein Sozialkompetenzzentrum eröffnet worden. Der SoVD, die „Weißen Elfen“ und die Pflegegeldhilfe Comitor bieten dort Beratung, Begleitung und Hilfe für ältere und behinderte Menschen und Ratsuchende in allen sozialen Angelegenheiten an. „Wir wollen älteren und behinderten Menschen behilflich sein, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihrem Zuhause zu führen“, erklärt Angelika Stolle. Sie ist gemeinsam mit Eddy Utesch Geschäftsführerin des Sozialkompetenzzentrums.

Für die Beratung ist der SoVD zuständig. Ab sofort findet einmal in der Woche nach vorheriger Terminvereinbarung eine Sozialberatung statt. Bei Widerspruchs- und Klageverfahren vor den Sozialgerichten übernimmt ein SoVD-Sozialjurist die Vertretung.

Die „Weißen Elfen“ bieten vielfältige Hilfeleistungen an. „Wir kaufen ein, kochen, putzen, betreuen in jeder Form, gehen spazieren, begleiten zum Arzt oder zur Behörde – alles, was dem Pflegebedürftigen und den Angehörigen hilft“, sagt Angelika Stolle. Die „Weißen Elfen“ seien jedoch kein Pflegedienst, betont sie. Das gemeinnützige Unternehmen arbeite mit ehrenamtlichen Helfern und angestellten Mitarbeitern und biete vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten, je nach Wunsch und Bedarf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Von ein paar Stunden im Minijob bis hin zur



Bad Homburg (v. li.) stehend: Elke Paasch, Heike Sommerauer-Dörzapf, Sigrid Jahr, Dr. Alfred Etzrodt, Katrin Hechler, Rudolf Schulz, sitzend: Gerd Nagelmann und Hildegard Hess.

sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung sei alles denkbar, erläutert Angelika Stolle, die sich auch um die Koordination der Elfen kümmert.

Der Bedarf für Hilfeleistungen aller Art ist groß, davon sind Angelika Stolle und Eddy Utesch überzeugt. Utesch ist als Pflegesachverständiger für die Comitor-Pflegegeldhilfe tätig und unterstützt Menschen dabei, eine ihren Bedürfnissen angemessene Pflegestufe und andere Hilfsleistungen zu bekommen. Seit 20 Jahren betreut und begleitet er Privatpersonen von der Antragstellung bis zur Zahlung des Pflegegeldes, legt wenn nötig Widerspruch gegen die Einstufung in einen Pflegegrad ein und wirbt mit einer 100-prozentigen Erfolgsquote.

Die Mitarbeiter des Sozialkompetenzzentrums helfen

auch gerne dabei, eine Verhinderungs- oder Entlastungspflege zu organisieren, damit Angehörige auch mal in den Urlaub fahren können, sagt Utesch.

Ebenso wie Angelika Stolle und Rudolf Schulz betont er, dass das Sozialkompetenzzentrum keine Konkurrenz zu bestehenden Angeboten sein, sondern diese ergänzen will.

Am 20. Februar erfolgte jetzt die offizielle Wiedereröffnung der SoVD-Sozialberatungsstelle in **Bad Homburg**. Sie konnte aufgrund personeller Probleme ihre Beratung bisher nur unregelmäßig anbieten. Der 1. Landesvorsitzende Rudolf Schulz freute sich, zu diesem Anlass den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Alfred Etzrodt sowie die Kreisbeigeordnete Katrin Hechler persönlich begrüßen zu dürfen. Später bereicherte dann noch die Sozialdezernentin Lucia Lewalter-Schoor die kleine Runde. Der SoVD freut sich über die Wertschätzung, die ihm seitens der politischen Vertreter entgegengebracht wurde.

Weiterhin war der SoVD vertreten durch den Kreisvorsitzenden Gerd Nagelmann, der auch Ortsvorsitzender von Bad Homburg ist, der Ortsvorsitzenden von Oberursel, Hildegard Hess, sowie der Projektleiterin Heike Sommerauer-Dörzapf aus der Landesgeschäftsstelle Wiesbaden. Auch die Vertreterinnen der Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatungsstelle (EUTB) Hochtaunus in Oberursel, Elke Paasch und Susanne Sander, ließen es sich nicht nehmen, am Tag der Eröffnung dabei zu sein, um die Beratungsstelle und die Beraterinnen kennenzulernen.

Nach einem telefonischen Erstkontakt fand am 21. Februar in der AWO-Geschäftsstelle in **Herborn** das Treffen mit dem AWO-Geschäftsführer des Lahn-Dill-Kreises, Nils Neidhart, und dem AWO-Koordinator Joachim Spahn sowie der SoVD-Delegation um Rudolf Schulz, der Rechtsberaterin Sigrid Jahr und der Projektleiterin Heike Sommerauer-Dörzapf statt.

Die Vertreter der AWO be-



Bad Hersfeld (v. li.): Eddy Utesch, Falk Stolle, Angelika Stolle, Rudolf Schulz und Heike Sommerauer-Dörzapf.

grüßten ausdrücklich das Angebot des SoVD in Herborn, eine Sozialrechtsberatung zu eröffnen. Der Bedarf sei auf jeden Fall vorhanden. Man verständigte sich darauf, die Beratung zunächst am ersten Montag eines Monats von 10 bis 12 Uhr von der SoVD-Sozialjuristin Sigrid Jahr durchführen zu las-

sen. Weiterhin ist geplant, von Zeit zu Zeit im Hause der AWO durch Sozialreferenten Vorträge zu aktuellen Themen für die Mitglieder der AWO sowie Interessenten dienstags im Rahmen einer Kaffeestunde anzubieten.

Kontaktdaten für alle Orte: siehe Rubrik „Sprechstunden und Sozialberatung“.

SoVD-Vortrag zur Altersarmut in Wiesbaden-Biebrich

Viele Frauen betroffen

Beim gut besuchten Frühstück des „Damen-Seniorentreffs“ am 4. Februar im Nachbarschaftshaus in Wiesbaden-Biebrich hielt Angelika Jansen, stellvertretende Kreisvorsitzende des SoVD Frankfurt, einen Vortrag über „Altersarmut“, die besonders Frauen trifft.

Im Publikum befanden sich auch Studierende der Hochschule Rhein-Main des Studiengangs „Soziale Arbeit“, die in ihren Projekttagen zur Altersarmut recherchieren sollten.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Heike Sommerauer-Dörzapf den Verband vor und verteilte SoVD-Infomaterial.

SoVD-Kreisvorsitzende Angelika Jansen, die hauptberuflich Fallmanagerin bei der Agentur für Arbeit ist, beleuchtete anschließend das Thema Altersarmut in all seinen Facetten und erklärte zunächst die Merkmale einer absoluten, extremen und relativen Altersarmut.

Zudem zeigte sie den Anwesenden Strategien auf, wie sie der Altersarmutsfalle entgegenwirken können. Weiterhin appellierte sie an die anwesenden Frauen, ihre Töchter, Schwiegertöchter oder Freundinnen darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig eine rentenpflichtige Beschäftigung sei und erläuterte in dem Zusammenhang die Unterschiede zwischen Mini- und Midi-Job.

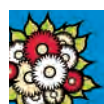
Die beiden SoVD-Vertreterinnen standen danach noch Rede und Antwort, sodass letztendlich alle die jeweils notwendigen Informationen mitnehmen konnten.



Referentin Angelika Jansen (stehend) vor dem Publikum.



Herborn (v. li.): Joachim Spahn, Heike Sommerauer-Dörzapf, Nils Neidhart, Sigrid Jahr und Rudolf Schulz.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung. Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 3.4.: Karin Klein, Bad Wildungen; 9.4.: Kornelia Langendörfer, Münchhausen; 18.4.: Rolf Lubbe, Bad Wildungen; 24.4.: Stefan Kaufhold, Obertshausen; 24.4.: Horst Keller, Friedberg; 24.4.: Gerhard Burk, Lahntal; 26.4.: Thomas Horlebein, Rodgau; 28.4.: Margret Brüggemann, Münchhausen.

65 Jahre: 6.4.: Lothar Rüppel, Bad Emstal; 21.4.: Marlis Kirschner, Bad Wildungen.

70 Jahre: 7.4.: Karl-Heinrich Ohly, Rauschenberg; 19.4.: Renate Hofmann, Edermünde; 23.4.: Claus Schäfer, Gladenbach.

75 Jahre: 24.4.: Brigitte Briel, Bad Karlshafen.

80 Jahre: 8.4.: Brigitte Schutta, Hofgeismar; 18.4.: Gisela Salzmann, Kassel; 30.4.: Ursula Hahn, Rotenburg.

85 Jahre: 5.4.: Gerda Kränzler, Usingen.

93 Jahre: 5.4.: Erwin Roglin, Bebra.

94 Jahre: 14.4.: Heinrich Fesch, Vellmar.

98 Jahre: 16.4.: Irmgard Steinberg, Hochheim.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.



Sprechstunden und Sozialberatung

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Infos zum SoVD wenden Sie sich gern telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41 in 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/8 51 08. Bürozeiten sind montags bis donnerstags, 9–16 Uhr, und freitags, 9–14 Uhr.

Info-Telefon Pflege: Dipl.-Pflegewirtin Ursula Stadler berät unter Tel.: 069/31 90 43.

Kreisverband Frankfurt

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 u. 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 0611/20 55 216, geöffnet montags bis freitags, 10–13 Uhr.

Beratung in Darmstadt: jeden 2. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Infos bitte bei der obigen Telefonnummer erfragen.

Ortsverband Frankfurt-Höchst

Sozialrechtsberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, ab 15 Uhr, im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88 in 65929 Frankfurt-Höchst, durch Rechtsanwalt Hermann-Josef Lenerz. Terminabsprache erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung: jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, Erzberger Straße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, durch Rechtsanwalt Hermann-Josef Lenerz, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

hausen, durch Rechtsanwalt Hermann-Josef Lenerz, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Gießen

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr, mit Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, E-Mail: szbgiessen@sovd-hessen.de, Anmeldung erbeten unter Tel.: 06033/7 48 89 99.

Sozialrechtsberatung in Herborn:

jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Juristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, vorherige Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216, oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen:

Trauergruppe im Ortsverband Hofgeismar

„Zufriedenheit“ trotz Trauer

Der Ortsverband Hofgeismar hat am 27. September 2019 eine Trauergruppe mit dem Namen „Zufriedenheit“ gegründet. Die 1. Vorsitzende Brigitte Schutta leitet diese Gruppe. Dort ist Zeit für Gespräche, aber auch für gemeinsame Unternehmungen.

Die Trauergruppe des Ortsverbandes Hofgeismar trifft sich einmal im Monat an jedem zweiten Mittwoch, um sich gemeinsam über eine schwere Zeit zu helfen. Im Januar traf sich die Gruppe zum Beispiel zu einem Besuch des Apotheken-Museums in Hofgeismar.

Zurzeit besteht die Gruppe aus zwölf Betroffenen. Wer noch Interesse hat, ganz gleich, ob Damen oder Herren, ist jederzeit herzlich willkommen. Ansprechpartnerin ist Brigitte Schutta unter Tel.: 05671/36 42.



In der Gemeinschaft wird der Kummer erträglicher: die Trauergruppe des Ortsverbandes Hofgeismar.

Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung: montags, 13–18 Uhr, und mittwochs, 8–14 Uhr, Conrad-von-Soest-Straße 2 a, 34537 Bad Wildungen, mit Hans-Jürgen Schmidt. Anmeldung unter Tel.: 05621/9 67 87 87 oder 0151/191 819 99 (mobil), per Fax: 05621/9 64 69 81 oder E-Mail: hans-juergen-schmid@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhaus. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de. **Am 4. und 5. April finden keine Beratungen statt.**

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: 6. April, 10–12 Uhr, im SozialKompetenzZentrum, Uffhäuser Str. 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung: jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, durch Marita Schliephorst, bei der AWO Werra-Meißner e. V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung siehe oben.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG).

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung: jeden 1.

Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. OG, 36199 Rotenburg an der Fulda.

Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 9–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e. V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwendig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil).

Kreisverband Hochtaunus Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunde im Vorhönig 12, 65620 Waldbrunn-Hintermeilingen, bei Alois Heun, Tel.: 06479/8 41 oder 0170/3 80 81 17 (mobil). Bei Bedarf können auch Hausbesuche vereinbart werden. Für eine offizielle Rentenberatung sind ebenfalls Termine möglich.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialsprechstunde: Jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, mit Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61350 Bad Homburg vor der Höhe. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden, Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung jeden Montag, 16–18 Uhr, Stadthalle Wetter, Konferenzraum, Schulstraße 27, 35083 Wetter. Terminvereinbarung in dieser Zeit unter Tel.: 06423/54 37 19 oder 0152/58 62 96 77 (mobil). In dringenden Fällen (nur bis 18 Uhr!): Helga Kläs,

Tel.: 06422/8 98 72 02, oder Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/5 15 24, in ganz dringenden Fällen: Waldemar Becker, Tel.: 05605/92 92 10.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain:

jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, durch Sozialjuristin Annette Mülot-Carvajal, im AWO-Treff, Brießelstraße 15. Nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (siehe Eintrag oben).

Kreisverband Wiesbaden

Ortsverband Wiesbaden-Stadt

Sozialrechtsberatung: jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, durch die Rechtsanwälte Frank Sunkomat und Martin Wallbruch.

Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216, Fax: 0611/8 50 43 oder per E-Mail an: szbwiesbaden@sovd-hessen.de.

Ortsverband Ginsheim-Gustavsburg

Sozialsprechstunde nach Vereinbarung bei Anne Baumann, Gustavsburg, Tel.: 06134/5 47 56.

Sozialberatung in Mainz-Kastel:

Es berät Franz Seitz, montags und freitags, 10–13 Uhr, dienstags und donnerstags, 16–20 Uhr, Am Königsfloß 30, Haus 3, Tel.: 06134/5 64 09 66.

Strafrichter Thomas Kopsch als Referent zu Gast beim Männerfrühstück des SoVD Grimmen

Gerichtsfälle mit Herz und Verstand angehen

Der Gimmer Thomas Kopsch, Strafrichter am Amtsgericht Stralsund, war der erste Gast 2020 beim traditionellen Männerfrühstück des Kreis- und Ortsverbandes Grimmen. Der Richter ist wegen seiner langjährigen Tätigkeit am Amtsgericht Grimmen und seiner beeindruckenden Auftritte als Festredner in Grimmen bekannt und ein echtes Original. Das stellte er beim SoVD unter Beweis.

Thomas Kopsch stellte zunächst sich und seine Tätigkeit als Strafrichter am Amtsgericht Stralsund vor. „Hier werden nicht Mord und Totschlag verhandelt. Vor mir sitzen eher Diebe, Betrüger, Verkehrssünder, Raufbolde und andere Unruhestifter.“

Thomas Kopsch liebt seine Arbeit. Sie ist vielfältig und abwechslungsreich, stets aber auch mit Menschen verbunden. „Manchmal“, so Kopsch, „tun mir die Beklagten auch leid.“ Aber dennoch gelte es, das Gesetz

mit aller Konsequenz durchzusetzen. Dabei ginge es immer auch um das richtige Strafmaß. „Während mancher Außenstehende meint, wir würden zu lasch urteilen, sehen andere oft auch eine Strafe als zu hart an.“ Dabei komme es jedoch stets auf die richtige Ausschöpfung des bestehenden Gesetzes an. „Das macht die eigentliche Kunst der Rechtsprechung aus“, so der Richter.

Er berichtete aus seiner 34-jährigen Berufserfahrung: „Die meisten Straftaten passie-

ren unter Bekannten und beim Genuss von Alkohol. Feiernarten aus, Meinungsverschiedenheiten werden mit Gewalt ausgetragen. Die meisten Täter sind Menschen ohne Berufsabschluss, haben Alkohol oder Drogenprobleme, stammen aus zerrütteten Familien, stellen aber dennoch hohe Ansprüche an das Leben.“

Andere Geschichten machen ihn betroffen, wegen der Lebensgeschichte oder des Vorgehens der Betroffenen. Dann fühle er mit, es treffe ihn, aber verurteilen müsse er sie dennoch.

Bei einigen Fällen jedoch höre jedes Verständnis auf. Da sei dann auch Härte gefragt. So wie bei einem „Geisterfahrer“, der 60 Kilometer auf der Autobahn bei Grimmen in die falsche Richtung fuhr, andere Menschen gefährdete und – vor Gericht nach dem Warum befragt – nur antwortete, er habe sein Portemonnaie in der Raststätte vergessen und wollte es holen. So etwas erschüttere selbst erfahrene Richter wie Thomas Kopsch bis ins Mark.

„Oft auch“, so der Referent weiter, „landen Banalitäten auf unserem Tisch, die man eigent-



Das Männerfrühstück in Grimmen war gut besucht, was auch an dem interessanten Vortragsredner lag.

lich gar nicht verhandeln möchte. Aber dann stellen sich beide Seiten stur, bemühen auch noch Zeugen und landen vor Gericht, obwohl die Sache vorher längst leicht hätte gelöst werden können.“

Thomas Kopsch verweist auf Neues in seiner Tätigkeit wie Stalking, Notrufmissbrauch und Ausländerkriminalität. Hier gäbe es oft eine recht komplizierte Rechtslage. „Mit Letzterem jedoch haben wir in unserer ruhigen Gegend und mit den relativ wenigen Ausländern kaum etwas zu tun.“

Auch in der sich anschließenden regen und von Besorgnis getragenen Diskussion blieb Thomas Kopsch keine

Antwort schuldig. So bei den Bedenken eines Zuhörers zur verminderten Schuldfähigkeit, zum Beispiel bei Alkoholmissbrauch, wie sie von Gerichten manchmal praktiziert wird. „Ja, der Beruf des Richters ist nicht leicht! Aber ich liebe ihn. Jeden Tag fahre ich gern zum Gericht – und das seit über 30 Jahren.“

Mit viel Applaus und einem Blumenstrauß als Dank für seinen gelungenen Auftritt entließen die Organisatoren des SoVD in Grimmen den Gast und die zufriedenen Zuhörer in einen verregneten Tag. „Es war wieder eine schöne, interessante und sehr informative Veranstaltung“, brachten viele der Zuhörer zum Ausdruck.



Der 2. Kreisvorsitzende Ulrich Nehls bedankt sich beim Referenten, Richter Thomas Kopsch (rechts).

Der SoVD fordert von den Arbeitgebern im Land mehr Einsatz für einen inklusiven Arbeitsmarkt

Inklusion ist auch wirtschaftlich ein Gewinn

Auf der SoVD-Bundesverbandstagung im November 2019 wurde ein neues sozialpolitisches Grundgesetzprogramm beschlossen, das auch wesentliche Forderungen für eine umfassende inklusive Ausgestaltung des Arbeitsmarktes enthält. Die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Forderungen wird jetzt durch eine Langzeitstudie der Universität St. Gallen / Bern unterstrichen.

Die Forderungen des SoVD stellen somit nicht nur rein sozialpolitische Aspekte dar, sondern sind auch betriebswirtschaftlich gewinnbringend.

Menschen mit Behinderung, die eine gute und sinnvolle Tätigkeit ausüben, verfügen über eine verbesserte Gesundheit und seelisches Wohlbefinden, ihre gesellschaftliche Akzeptanz erhöht sich. Sie tragen durch ihre Berufstätigkeit zur Entlastung der sozialen Sicherungssysteme bei.

In Zeiten des Fachkräftemangels haben die Betriebe

bei einer barrierefreien Gestaltung der Arbeitswelt höhere Chancen, auf eine größere Auswahl von geeigneten Arbeitsplatzbewerber*innen zurückgreifen zu können. Eine gute betriebliche Eingliederung von Menschen mit Behinderung und ein etabliertes Gesundheitsmanagement fördern die Leistungsbereitschaft und Zufriedenheit der Mitarbeiter*innen auch insgesamt, zum Vorteil der Betriebe.

Der SoVD Mecklenburg-Vorpommern fordert deshalb nachdrücklich alle öffentlichen

und privaten Arbeitgeber*innen und die sonstigen Akteure des Arbeitsmarktes auf, ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung noch mehr nachzukommen und im Rahmen ihrer Verpflichtungen zu einer umfassenden inklusiven Gestaltung des Arbeitsmarktes ihren Beitrag zu leisten. Ziel muss es sein, dass alle Menschen mit Benachteiligungen und Behinderungen einen ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten angemessenen Arbeitsplatz erhalten, um sie in die Lage zu versetzen, ihren eigenen und



Foto: auremar / Adobe Stock

Eine Studie weist nach, dass Menschen mit Behinderung auch für den Betrieb, in dem sie arbeiten, von Vorteil sind.

den Unterhalt ihrer Familien durch eigene Berufstätigkeit sicherzustellen. Sie erreichen

auch auf diese Weise die ihnen mögliche und notwendige gesellschaftliche Teilhabe.

Der Lohnsteuerhilfverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. gibt Steuertipps zu Zahnersatzleistungen

So setzen Sie eine hohe Zahnarztrechnung ab

Gebiss, Implantat, Zahnersatz – damit kommen auf den oder die Betroffene*n hohe Kosten zu. Was die Krankenkasse übernimmt, welche Kosten von der Steuer abgesetzt werden können und wie das funktioniert, erklärt der Lohnsteuerhilfverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH) anhand eines Rechenbeispiels.

Die schlechte Nachricht für alle, die einen Zahnersatz benötigen: Von der gesetzlichen Krankenkasse gibt es lediglich den „befundbezogenen Festzuschuss“, das sind 50 Prozent der Kosten für eine Standardlösung. Ein Patient zahlt also mindestens die Hälfte für seine Brücke, Krone oder das Implantat aus eigener Tasche. Entscheidet er sich darüber hinaus für eine kostspieligere Behandlungsmethode, wird es entsprechend teurer.

Die gute Nachricht: Alle selbst gezahlten Kosten können Patienten als außergewöhnliche Belastung in der Steuererklärung eintragen.

Hier ein Rechenbeispiel: Ein Patient entscheidet sich für ein Implantat in Höhe von 1.900 Euro.

- 750 Euro setzt die gesetzliche Krankenkasse für die Regelversorgung einer Zahn-

lücke an, wie sie bei dem Beispielpatienten vorliegt.

- 375 Euro erhält er als befundbezogenen Festzuschuss (50 Prozent der Regelversorgung).
- 1.525 Euro muss der Patient selbst bezahlen.

Übrigens: Wer in den vorangegangenen fünf Jahren regelmäßig zum Zahnarzt gegangen ist, sichert sich einen Extra-Bonus seiner Krankenkasse in Höhe von 20 Prozent.

Für unseren Beispielpatienten wie für alle anderen gilt: Vom Zahnersatz über Zahnimplantate bis zum Knochenaufbau können alle selbst bezahlten Kosten in der Steuererklärung angegeben werden.

Auch die Kosten für eine professionelle Zahnreinigung können Sie als außergewöhnliche Belastung in die Steuererklärung eintragen.

Viele Zahnärzte bieten ihren

Patienten an, teure Behandlungen in Raten zu zahlen. Entscheidet sich ein Patient für eine Ratenzahlung, die über beispielsweise zwei Jahre läuft, muss er seine Zahlungen in zwei Steuererklärungen angeben.

Unser Tipp: Hohe Zahnarztrechnungen sollten innerhalb eines Jahres beglichen werden, damit die Kosten in einer einzigen Steuererklärung angegeben werden können. Das Gleiche gilt für alle anderen Ausgaben, die zu den außergewöhnlichen Belastungen zählen, wie zum Beispiel die Rechnung des Kieferorthopäden oder andere Krankheitskosten.

Der Grund: Bei außergewöhnlichen Belastungen muss ein Steuerzahler zunächst eine bestimmte Summe überschreiten, bevor das Geld abgesetzt werden kann. Diese bestimmte Summe wird „zumutbare



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Trotz Krankenkassenzuschuss ist der Eigenanteil bei Zahnersatz hoch. Er lässt sich aber bei der Steuer absetzen.

Eigenbelastung“ genannt und anhand von Faktoren wie Familienstand oder Anzahl der Kinder berechnet.

Wenn die zumutbare Belastungsgrenze mit den Kosten für den Zahnersatz oder anderen außergewöhnlichen Belastungen überschritten wird, wirkt sich jeder einzelne Euro steuerlich aus. Wer mit seinen Kosten allerdings nur einen

Cent unter der Eigenbelastung liegt, kann nichts absetzen. Mit jeder neuen Steuererklärung muss ein Steuerzahler diese finanzielle Grenze aufs Neue überschreiten. Deshalb sollten Sie alle übrigen Ausgaben, die als außergewöhnliche Belastung gelten, sammeln und die Kosten auf einen Schlag in der Steuererklärung angeben.

Quelle: VLH

5 Termine

Kreisverband Vorpommern-Greifswald

Dienstags und donnerstags, 9–12 Uhr: Sprechzeiten und Sozialberatung.

Kreisverband Neubrandenburg

Dienstags, 11–13.30 Uhr: Sprechzeit.

Ortsverbände Grimmen, Barth, Ribnitz, Stralsund Land

1. Dienstag im Monat, 9.30–11.30 Uhr: Männerfrühstück.
1. Donnerstag im Monat, 9.30–11.30 Uhr: Frauenfrühstück.
Veranstaltungsort ist jeweils das AWO-Café Grimmen.

Kreisverband Parchim

Dienstags, 9–12 Uhr: Sprechzeit und Sozialberatung, Vergabe von Terminen für die Rechtsberatung unter Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Wismar

1. April, 13–16 Uhr: Rechtsberatung.
15. April, 9.30–11.30 Uhr: Klönfrühstück, Anm. bis zum 14. April.
21. April, 14–16 Uhr: Frühlingsfest mit Kaffee und Kuchen, Anmeldung bis zum 14. April.
29. April, 13–16 Uhr: Rechtsberatung. Anmeldung bis 28. April.

Rechtsberatung

Grevesmühlen / Wismar: 1. April, **Parchim:** 8. April, **Anklam:** 15. April, **Güstrow und Schwerin:** 22. April. Es berät Doreen Rauch.
Greifswald: 14. April, **Rügen und Stralsund:** 21. April, **Neustrelitz und Röbel:** 28. April. Es berät Donald Nimsch.

Rostock: jeden Mittwoch, bitte im Landesverband anmelden.

Bitte melden Sie sich zur Terminvergabe bei den Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen rechts in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381/76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).



Aktuelle Urteile

Erbchaftsteuer: Zwei Erbfälle – zweimal Pauschale

Die sogenannte Erbfallkostenpauschale (in Höhe von 10.300 Euro) ist auch einem Nacherben zu gewähren, der zwar nicht die Beerdigungskosten, aber andere mit der Abwicklung des Erbfalls entstandene Aufwendungen getragen hat. In dem konkreten Fall vor dem Finanzgericht Münster ging es um eine Frau, die Nacherbin ihrer verstorbenen Tante wurde, die kurz vor dem Ehemann (der Vorerbe) gestorben ist. Die Nich-

te beantragte die Erbfallkostenpauschale mit der Begründung, sie habe die Beerdigungskosten ihrer Tante sowie weitere Abwicklungskosten hinsichtlich des Nachlasses getragen. (Sie legte eine Rechnung des Amtsgerichts über 40 Euro für die Erteilung des Erbscheins und die Testamentseröffnung vor, jedoch keinen Nachweis über die Beerdigungskosten.) Das Finanzamt berücksichtigte die Erbfallkostenpauschale nicht – zu Unrecht. Von der Erbfallkostenpauschale werden neben

den Beerdigungskosten auch die unmittelbar im Zusammenhang mit der Abwicklung und Regelung des Erwerbs entstandenen Kosten umfasst. Der Erwerber muss lediglich nachweisen, dass ihm derartige Kosten entstanden sind – egal in welcher Höhe. Es handele sich außerdem um zwei Erwerbsvorgänge: zum einen um den Erwerb des Vorerben beim Tod des Erblassers und zum anderen um den Erwerb des Nacherben beim Tod des Vorerben (FG Münster, 3 K 3549/17). *wb*



Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998/22 51 24.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Am Blumenborn 23, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395/5 44 17 26, Fax:

0395/37 95 16 22.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7 69 61 30.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30,

18528 Bergen / Rügen, Tel.: 03838/20 34 81, Fax: 03838/40 46 18.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, Dreescher Markt 02, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/3 97 71 67.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831/22 99 7 26.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Erste Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes im neuen Jahr

Vorhaben für 2020 beraten

Sachsen-Anhalt Die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes Mitteldeutschland berichteten auf ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr über vergangene und geplante Aktivitäten sowie über die Benennung der Kandidat*innen für die Bundesausschüsse und Gremien.

Zu Beginn der Sitzung stellte Landesschatzmeister Herbert Bohlmann den Finanzplan 2020 vor und erläuterte die einzelnen Positionen.

Joachim Heinrich, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses, informierte über die Druckschrift des Ministeriums für Inneres in Sachsen-Anhalt zur „Reichsbürgerszene“. Dort werden Handlungsempfehlungen gegeben. Heinrich riet, den Inhalt an die Landesvorstandsmitglieder und die Kreisvorsitzenden weiterzuleiten.

Landesfrauensprecherin Monika Lück berichtete über

verschiedene Aktivitäten im zweiten Halbjahr 2019, wie zum Beispiel die Postkartenaktion „Ich habe die Grundrente verdient“ oder eine Gesprächsrunde mit der Leiterin des Sozialamtes Tangermünde. Den Kontakt hatte Ines Eisenhut, Mitglied des Frauenausschusses des Landesverbandes, hergestellt. Die drei Frauen führten ein konstruktives Gespräch und vereinbarten, in Kontakt zu bleiben, um das eine oder andere aktuelle Thema gemeinsam umzusetzen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung ging es um Vorschläge

des Landesverbandes Mitteldeutschland zur Benennung von Kandidat*innen für die Besetzung der Bundesausschüsse und Gremien. Holger Güssau, Geschäftsführer des Landesverbandes, wies darauf hin, dass die entsprechenden Vorschläge für die Ausschüsse Soziales, Organisation, Frauen, Finanzen sowie für den Aufsichtsrat des BBW Stendal und für die Arbeitskreise besprochen und gemeldet worden seien.

Er informierte die Anwesenden auch darüber, dass der Bundesverband finanzielle Mittel für die Ausrüstung der Kreisverbände mit dem neuen SoVD-Logo und den Broschüren zur Verfügung stellen. Die Kreisverbände seien angehalten, ihren Bedarf anzumelden.

Am Ende der Beratung kam das Thema Internetauftritt des Landesverbandes zur Sprache. Schriftführer Olaf Anders erklärte sich bereit, den landeseigenen Internetauftritt zu verfolgen sowie notwendige Änderungen zu bündeln und an den Bundesverband weiterzuleiten, damit eine kontinuierliche Aktualisierung der Seiten gewährleistet werde.

Als nächster Termin für die Landesvorstandssitzung wurde der 23. April festgelegt.



Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes des Landesverbandes Mitteldeutschland bei ihrer jüngsten Sitzung.

Zu unverständliche oder lange Datenschutzerklärung im Internet

Datenschutz schwer gemacht

In einer nicht repräsentativen Online-Umfrage der Verbraucherzentralen wurden Verbraucher*innen zu ihrem Umgang mit Datenschutzerklärungen befragt. Danach sei 78 Prozent der Verbraucher*innen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten unklar.

„Rund ein Drittel der Befragten liest keine Datenschutzerklärungen, weil diese zu lang und unverständlich sind, sie keine Zeit haben oder aber ohnehin nicht bekannt ist, was mit den Daten geschieht“, sagt Juristin Anne Neumann von der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt.

28 Prozent aller Befragten haben innerhalb der letzten 12 Monate von ihrem Recht Gebrauch gemacht, Auskunft bei Unternehmen über die gespeicherten Daten zu verlangen. Zwar kamen 85 Prozent der

angefragten Unternehmen der Auskunftspflicht nach, dennoch erhielten nur 43 Prozent der Befragten eine Antwort innerhalb von 14 Tagen. 40 Prozent mussten bis zu vier Wochen und rund 16,5 Prozent sogar länger warten.

„Das sind zwar erfreuliche Zahlen, dennoch ist es für Verbraucher*innen nicht hinnehmbar, dass 15 Prozent gar keine Antwort erhalten haben und in 34 Prozent der Anfragen nur teilweise auf den Auskunftswunsch eingegangen wurde“, so Neumann weiter.

Unternehmen sind verpflichtet ihren Kunden Auskunft über die dort gespeichert Daten zu geben. Daneben müssen Firmen auf Wunsch der Kunden die gespeicherten Daten für weitere Kontaktaufnahmen sperren oder löschen. Sollten Unternehmen dagegen verstoßen, so können diese erfolgreich abgemahnt werden. Verstöße sollten daher der örtlichen Verbraucherzentrale und dem zuständigen Landesdatenschutzbeauftragten gemeldet werden. *Quelle: Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt*



Die Aktion „One Billion Rising“ stieß auf großes Interesse.

Tanz-Protестaktion gegen Gewalt an Frauen

„Steh auf. Geh. Tanz.“

Sachsen-Anhalt Zahlreiche Frauen und auch Männer machten am 14. Februar im Alleecenter in Magdeburg auf die Aktion „One Billion Rising“ aufmerksam. Dabei handelt es sich um eine weltweite Tanz-Protестaktion gegen Gewalt an Frauen und Mädchen.

2012 wurde die Kampagne „One Billion Rising“ von der New Yorker Künstlerin Eve Ensler ins Leben gerufen. Damit wollte sie auf eine Studie der Vereinten Nationen aufmerksam machen, die besagt, dass weltweit ein Drittel aller Frauen in ihrem Leben Opfer von schwerer körperlicher Gewalt oder Vergewaltigung werden. Seitdem findet der Aktionstag immer am Valentinstag statt.

In Deutschland gehören verschiedene Frauengruppen zu den Unterstützer*innen der Aktion. SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück kam zur Tanz-Protестaktion in Magdeburg und zeigte sich beeindruckt von der großen Resonanz. Die Magdeburger Organisatoren hatten zuvor Flyer verteilt und auch in den sozialen Netzwerken auf die Veranstaltung hingewiesen. Sie verteilten vor Beginn der Veranstaltung Halstücher mit dem Logo und der Aufschrift „One Billion Rising Magdeburg“. Nach einer Begrüßung und einigen Infos zur Aktion gab die Band „phoeNic“ ein Kurzkonzert. Im Anschluss tanzten mehrere Mädchengruppen zum deutschen Titelsong der Aktion, „Spreng die Ketten“, während Unterstützer*innen Plakate mit den Aufschriften „Steh auf. Geh. Tanz“ hochhielten.



Auf Plakaten stand das Motto der Aktion.

Nachruf

Am 10. Februar verstarb

Brigitte Dubben

im Alter von nur 65 Jahren. Sie war langjährige Vorsitzende des Kreisverbandes Wernigerode.

Mit stillem Gruß wird der Kreisverband Wernigerode die Verstorbene in ehrenden Gedenken behalten.



Vortrag der Landesfrauensprecherin bei der Frauenunion Genthin über den Sozialverband Deutschland

Frauenpolitik nimmt einen breiten Raum ein

Sachsen-Anhalt Der SoVD war Thema einer öffentlichen Veranstaltung, zu dem die Frauenunion-Ortsgruppe Genthin eingeladen hatte. SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück informierte die Zuhörerinnen über die Aufgaben des Verbandes.

In ihrem Redebeitrag hob Monika Lück hervor, dass der SoVD seine Mitglieder in der Sozialrechtsberatung bis vor Gericht vertritt. Zudem gibt der SoVD durch öffentliche Stellungnahmen, politische Initiativen und Protestaktionen den Themen Rente, Gesundheit, Behinderung, Pflege, Arbeitslosigkeit und Gleichstellung mehr Aufmerksamkeit. Die Vorschläge des SoVD tragen maßgeblich dazu bei, den Sozialstaat und seine sozialen Sicherungssysteme zu erhalten.

Des Weiteren informierte die SoVD-Landesfrauensprecherin über die Geschichte „ihres“ Verbandes, der vor über 100 Jahren als Reichsbund gegrün-

det wurde, sowie über das Jubiläum „100 Jahre Frauen im SoVD“ 2019. Dabei machte sie deutlich, dass die Frauenpolitik einen breiten Raum beim SoVD einnimmt: „Damals ging es den hinterbliebenen Frauen um ihre eigenständige, wirtschaftliche und soziale Sicherung – ein Anliegen, das auch heute noch vorrangiges Ziel und eines der Kernthemen des SoVD ist.“

Interessant für die Frauenrunde waren auch die Zahlen über den Sozialverband, der bundesweit 600.000 Mitglieder zählt. Diese sind in insgesamt zwölf Landesverbänden organisiert, unterteilt in 164 Kreisverbände und rund 2.000 Ortsverbände. Zum Landesverband



Informatives Kennenlernen: Der SoVD stellte sich bei der Ortsgruppe der Frauenunion in Genthin vor.

Mitteldeutschland gehören die Kreisverbände von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, einschließlich der Mitglieder des Jerichower Landes im Kreisverband Mittelbe.

Das Berufsbildungswerk (BBW) in Stendal ist vielen bekannt, allerdings nicht, dass es die zweite Ausbildungsstätte des SoVD nach dem Bildungswerk in Bremen ist, das sich auf schwer- und lernbehinderte junge Menschen konzentriert und ihnen optimale Förderbedingungen bietet.

Monika Lück legte dar, dass die Gleichstellung vor dem Ge-

setz ein wesentlicher Grundpfeiler der Demokratie und ein Garant für den sozialen Frieden im Land sei. Sie lud die Union-Frauen ein, sich am 17. März an den Aktionen zum Equal Pay Day zu beteiligen. Dieser Tag markiert symbolisch die geschlechtsspezifische Lohnlücke zwischen Männern und Frauen.

Abschließend zählte sie die Vorhaben auf, die sie gemeinsam mit dem Frauenausschuss des Landesverbandes angehen will. Dazu gehört zum Beispiel, den Schutz von Frauen in Deutschland zu verbessern, die von Gewalt betroffen sind.

Insbesondere beim Zugang zu praktischer Hilfe und Unterstützung gibt es riesige Defizite.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Altersarmut, die besonders häufig Frauen bedroht – auch wenn sie ein Leben lang Beiträge gezahlt, Kinder erzo-gen oder Angehörige gepflegt haben. Die SoVD-Frauen setzen sich dafür ein, dass sich das ändern muss.

Die anwesenden Union-Frauen und Gäste waren sehr interessiert und stellten im Anschluss zahlreiche Fragen, die ausführlich von Monika Lück beantwortet wurden.

5 Termine

Kreisverband Wernigerode

7. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff mit Auswertung des Besuches des Bundestages, Heltauer Platz 1.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2538897. Fax: -98. Sprechzeiten: montags bis donnerstags, 9–15 Uhr, nur nach tel. Absprache.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstr. 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstr. 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/8826923. Sprechstunde: dienstags, 15–16.30 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstr. 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57389271, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de., Sprechzeit: mittwochs, 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/7748246. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41814. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949/98158. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Räume der Volkssolidarität, Adelheidstraße 4, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit der Rentenbeauftragten: jeden ersten Montag im Monat, 14–16

Uhr. Nach Absprache unter Tel.: 0346/3486 auch Termine nach 18 Uhr möglich.

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65888. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/702020. Sprechzeit: dienstags, 9–12 und 16–17.30 Uhr.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/5450. Sprechzeit: erster und dritter Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60366. Sprechzeiten: dienstags, 10–11.30 Uhr, und freitags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Ver-

einbarung unter Tel.: 03943/632631 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64733. Sprechzeiten: jeden ersten Dienstag und ersten Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/599950, Fax: 034443/599949, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (Erdgeschoss links), 01127 Dresden, Tel.: 0351/2131145, Fax: 0351/2131146,

E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/8783022. Ansprechpartner: Olaf Anders.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79079007, Fax: 0361/79079006, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Leiter der Landesrechtsabteilung Jens Eschmann gibt Interviews zu sozialen Themen

Gefragt in den Medien

Gleich dreimal baten Journalist*innen Jens Eschmann, den Leiter der Rechtsabteilung des SoVD NRW, in den letzten vier Wochen um ein Interview. Dabei ging es um verschiedene Themen aus dem Sozialrecht und der Sozialpolitik, von Hartz IV über Barrierefreiheit bis zu Streits mit Kostenträgern.

Den Anfang machte die Tagespresse in Ostwestfalen – Neue Westfälische, Mindener Tageblatt und Lippische Landes-Zeitung –, die sich mit dem Thema „Bedarfsgemeinschaften“ beschäftigte. Konkret ging es um die mehr als 100.000 erwerbstätigen jungen Leute aus Hartz-IV-Familien, die bis zu vier Fünftel ihrer Einkünfte „abdrücken“ müssen, wenn sie mehr als 100 Euro monatlich verdienen. Hierbei handelt es sich um eine Regelung, die vor allem Auszubildende betrifft, aber auch Schüler*innen, die einen Nebenjob haben. Das erschwert natürlich die Möglichkeiten, sich aus der „Hartz-IV-Falle“ zu befreien.

Hier setzte die Kritik des SoVD-Landesverbandes dann auch an. Jens Eschmann erklärte: „Wenn man über das Einkommen gesetzlich aus einer Bedarfsgemeinschaft herausfällt, bleibt man de facto meistens in ihr gefangen.“ Es sei aber nicht richtig, den jungen Menschen das Geld, was sie eigenständig verdienen, sofort wieder abzuziehen, zumal sie es sicherlich zumindest zum Teil dafür verwenden würden, ihre arbeitslosen Eltern zu unterstützen. Aufgrund der komplizierten Regelungen zum Hartz-IV-Bezug sei Betroffenen oft gar nicht klar, welche Ansprüche sie eigentlich haben. Die Berichterstattung fand ein sehr breites Echo.

Die zweite Anfrage kam vom Westfälischen Anzeiger in Hamm. Anlässlich des Welt-



Screenshot: WDR / SoVD NRW

Als umworbener Experte konnte Jurist Jens Eschmann die Positionen und Arbeit des SoVD NRW vorstellen; hier im WDR-Fernsehen.

tages für soziale Gerechtigkeit bekam der Leiter der SoVD-Landesrechtsabteilung die Möglichkeit, darzulegen, wie sich der SoVD NRW für benachteiligte Menschen einsetzt.

Eschmann ging auf die politische Arbeit des Verbandes ein, der sich seit jeher für Teilhabe und den Abbau von Barrieren starkmacht, verwies aber auch auf den hohen Bedarf an Beratung in sozialen Fragen.

So Sorge der SoVD NRW mit seinen Jurist*innen dafür, dass viele Menschen die gesetzlichen Leistungen, die ihnen zustehen, von den Kostenträgern auch wirklich erhalten. Natürlich blieb auch die Beratung in Unna als wichtige Anlaufstelle in der Region nicht unerwähnt.

Um Streit mit einem Kostenträger ging es auch bei der dritten Medienanfrage. Die „Lokalzeit Südwestfalen“ des WDR berichtete Ende Februar über einen Mann, dessen Krankenkasse die Kosten für eine wichtige Reha-Maßnahme – und zwar nach einer Kunstherz-OP! – nicht tragen wollte. Im Anschluss an den Filmbeitrag befragte der WDR Jens Eschmann dazu, wie es zu solchen Ablehnungen kommt, wann ein Widerspruch sinnvoll ist und welche Hilfe der SoVD bei alledem bietet.

Die Arbeit des SoVD NRW findet also auch weiterhin in den Medien Erwähnung – und das zeigt einmal mehr auch, dass es sich lohnt, Mitglied beim Verband zu werden und sich bei Streit mit den Kostenträgern zu wehren, statt klein beizugeben.

Zwischentitel
Zwischentitel
Zwischentitel

Zwischentitel
Zwischentitel
Zwischentitel

Sozialrechtliche Unterstützung und Vertretung

Gut beraten im SoVD

Gegenüber Ämtern und Kostenträgern ist es nicht immer leicht, zu seinem Recht zu kommen. Oft geht es um Rente, Pflegegrade, Reha, Merkzeichen im Schwerbehindertenausweis oder Hilfsmittel.

In sozialrechtlichen Fragen ist der SoVD NRW für seine Mitglieder da. Die Jurist*innen stellen Anträge, formulieren Widersprüche und ziehen, falls nötig, vors Sozialgericht. Die Rechtsberatung ist mit dem Mitgliedsbei-

trag abgedeckt, die Erstberatung kostenlos. Sollte der Verband dann im Auftrag tätig werden, erhebt er nur eine geringe Gebühr. Melden Sie sich für Details in der nächsten Geschäftsstelle, zu finden auf www.sovd-nrw.de.



Foto: Jeanette Dietl / Adobe Stock
Die SoVD-Rechtsberatung hilft.



Editorial

Die Zukunft im Blick

Liebe Mitglieder,



Helmut Etz Korn

das neue Erscheinungsbild soll unsere Geschäftsstellen und Beratungszentren in der Öffentlichkeit sichtbarer machen. Im einheitlichen Look wollen wir im Laufe des Jahres mit maßgeschneiderten Lösungen für jeden unserer Standorte im wahrsten Sinne des Wortes Flagge zeigen und uns als moderner, serviceorientierter Sozialverband präsentieren. Der Organisations- und Finanzausschuss hat sich in seiner ersten Sitzung zu Beginn des Jahres für ein einheitliches Bild, orientiert an den bundeseinheitlichen Gestaltungsvorgaben, ausgesprochen. Klar erkennbar wollen wir auf uns aufmerksam machen: modern, prägnant, offen und transparent.

Auch bei der Gewinnung von neuen Mitgliedern und der Optimierung unserer Verbandsarbeit auf allen Ebenen gilt es, neue Wege zu beschreiten. Der Ausschuss will die Qualität des Ehrenamtes und die Arbeit der Gliederungen noch besser unterstützen und hat dafür grünes Licht vom Landesvorstand bekommen. Aktuell wurde in der Landesgeschäftsstelle eine Stelle „Kommunales“ geschaffen. Linda Malolepszy steht nun als zentrale Ansprechpartnerin bereit und wird sich in den Kreisen ein Bild von der Situation vor Ort machen. Sie ist bereits seit Längerem in der Landesgeschäftsstelle aktiv, kennt unsere Organisation und kann dank ihrer Kreativität neue Ansätze verfolgen, Verbesserungen vorschlagen und diese auch gemeinsam mit dem Ehrenamt realisieren. Viele Orts- und Kreisverbände bieten ein breites Spektrum an Aktivitäten für ihre Mitglieder an und schaffen so die besten Voraussetzungen für eine lange Treue zum SoVD. Und was im Kreis A gut funktioniert, kann vielleicht auch der Kreis B erfolgreich in die Praxis umsetzen. Wenn wir mehr voneinander wissen und offen für Veränderungen sind, können wir uns optimal auf die schwierigen Zukunftsaufgaben fokussieren. Eine der größten Herausforderungen wird es sein, jüngere Funktionärinnen und Funktionäre für alle Gliederungen zu begeistern. Dafür müssen wir uns optimal in sozialen Netzwerken aufstellen, vor Ort ein interessantes Angebot machen und dieses auch öffentlichkeitswirksam darstellen. Unsere junge, engagierte „Fitnesstrainerin“ wird dabei eine Hilfe sein.

Der Organisations- und Finanzausschuss hat sich mit einer besseren Erreichbarkeit unserer Beratungszentren beschäftigt und mit dem Landesvorstand vereinbart, Schritt für Schritt eine einheitliche und digitale Telekommunikation im SoVD NRW zu realisieren. Wer Beratung braucht, muss zeitnah eine Chance haben, uns zu erreichen. Büroöffnungszeiten sind heute, wo die Welt online rund um die Uhr tickt, nicht mehr ausreichend. Wollen wir im digitalen Zeitalter bestehen, müssen wir uns neu orientieren und unsere professionelle Beratung auch immer dann offerieren können, wenn es die oder der Ratsuchende wünscht. Dazu ist eine bessere Erreichbarkeit unabdingbar.

Und noch ein Thema beschäftigt die Mitglieder im Organisations- und Finanzausschuss: Wir werden als Verband mit der „starken Stimme“ für benachteiligte Menschen uns Mitte des Jahres in Köln mit der bundesweiten Kampagne „Soziale Kälte“ in der Öffentlichkeit nachhaltig und an zentraler Stelle präsentieren. Einige Zeit später stellen wir dann in einer Fachtagung ebenfalls in der Domstadt unsere Forderungen zum Thema „Bezahlbarer Wohnraum: Fehlangeize“ vor. Der Dialog mit dem Bürger in der Fußgängerzone und Experten im VHS-Forum soll uns als Sozialverband, der den Finger öffentlichkeitswirksam in die Wunde legt, weiter stärken. Mein Appell dazu ist: „Macht alle mit, nur gemeinsam sind wir stark!“

**Ihr Helmut Etz Korn
2. Landesvorsitzender
Vorsitzender des Orga- und Finanzausschusses**



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

SoVD NRW aktiv und engagiert vor Ort

Im SoVD NRW ist immer viel los. Das rege Verbandsleben zeigt sich vor allem in den Kreis- und Ortsverbänden. Nicht nur die sozialpolitische Arbeit sowie die Unterstützung und Beratung der Mitglieder machen den Verband aus, sondern auch zahlreiche Aktivitäten, die die Gemeinschaft stärken.

Kreisverband Remscheid Ortsverbände Remscheid und Solingen

Am 4. Februar, dem Weltkrebstag, hatte der SoVD die Gelegenheit, sich beim Infotag im Gesundheitshaus der Stadt Remscheid zu präsentieren. Neben guten Gesprächen mit anderen Verbänden trafen die Aktiven viele Menschen, die die Unterstützung des SoVD begrüßen. Auch städtische Mitarbeitende wurden auf den Verband,

sein Engagement und seine Hilfe aufmerksam. Es war eine gelungene Veranstaltung, die der Ortsverband Solingen ermöglichte und die für den Ortsverband Remscheid künftig wichtig ist. Der Kreisverband dankt allen, die an dem Tag geholfen haben und sich auch sonst im SoVD für die gute Sache starkmachen.

Kreisverband Bielefeld

Die Frauensprecherinnen der Ortsverbände im SoVD-Kreis-

verband Bielefeld trafen sich zu einem Stammtisch und tauschten sich in geselliger Runde zu politischen Fragen aus. Alle Interessierten können sich bei Kreisfrauensprecherin Helga Sack melden, am besten per E-Mail an: helgasack@yahoo.de.

Ortsverband Buer-Hassel/ Beckhausen

Den NRW-Landtag in Düsseldorf besuchten am 13. Februar die Mitglieder des Ortsverbandes Buer-Hassel/Beckhausen sowie Gäste aus anderen Ortsverbänden. Dazu eingeladen hatte sie die Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Heike Gebhard (SPD).

Nach einem Vortrag über die Arbeit im Landtag ging es zu einem kleinen Imbiss in die Cafeteria des Landtages. Danach konnten die Teilnehmenden eine Stunde lang die Plenarsitzung verfolgen, wobei sie einen Teil der Rede von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und Beiträge anderer Landtagsmitglieder zu hören bekamen. Im Anschluss gab es noch eine Diskussion mit Heike Gebhard, die als Vorsitzende des Sozialausschusses zur Verfügung stand.

Ortsverband Kamen-Mitte/ Methler

„Alaaf!“ und „Helau!“ hieß es beim SoVD in Kamen-Mitte/Methler: 50 Mitglieder und Freund*innen des Ortsverbandes feierten Karneval im Hotel „Clemens August“ in Davensberg. Sie schunkelten und tanzten gemeinsam stundenlang bis zum Abend hin.

Ortsverband Wanne

Der SoVD in Wanne klärte über Brandschutz auf. Zu diesem Thema hielt der ehe-



Foto: Janina Fuhrmann / H. P. Jörger

Kreisverband Remscheid / Ortsverbände Remscheid und Solingen



Kreisverband Bielefeld

malige stellvertretende Kreisbrandmeister des Kreises Recklinghausen, Oberbrandrat a. D. Horst Kreienkamp, im Rahmen der monatlichen Mitgliederversammlung des Ortsverbandes einen Vortrag.

Anhand von Situationen im Alltagsleben schilderte er mögliche, häufig unterschätzte Gefahrenquellen im Haushalt. Aktuell seien diese insbesondere das Aufladen von Akkus für Smartphones oder E-Bikes. Kreienkamp gab außerdem Verhaltensratschläge für den Fall, dass es brennt. Aufgrund seiner Berufserfahrung veranschau-

lichte er diese mit konkreten Beispielen.

Ortsverband Lemgo

Im „Leeser Krug“ fand wieder einmal das beliebte Grünkohlessen für Mitglieder und Freund*innen des SoVD-Ortsverbandes Lemgo statt. Der Vorsitzende Dr. Ernst-Ulrich Ketz konnte fast 40 Teilnehmende begrüßen, die sich in geselliger Atmosphäre Grünkohl wie Beilagen schmecken ließen. Sie dankten der Wirtin Hildegard Limberg und ihren fleißigen Helfer*innen für den gelungenen Nachmittag.



Ortsverband Buer-Hassel/Beckhausen



Ortsverband Kamen-Mitte/Methler



Ortsverband Wanne



Ortsverband Lemgo



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Jahreshauptversammlungen mit Wahlen

Im ersten Quartal des Jahres fanden in zahlreichen Kreis- und Ortsverbänden des SoVD NRW die Jahreshauptversammlungen statt. Dabei standen in vielen Fällen Vorstandswahlen an. Außerdem ehren einige Gliederungen langjährige Jubilar*innen; hierüber berichten wir in einer späteren Ausgabe.

Ortsverband Bielefeld-Jöllenbeck

60 Mitglieder des Ortsverbandes Jöllenbeck trafen sich im Gemeindehaus zur Wahl des neuen Vorstandes. Dieser ist nun komplett in weiblicher Hand. Dafür wurden zwei Herren zu Revisoren gewählt. Es gibt also keinen „Männermangel“, aber der Vorstand weiß nun genau, wo der Schuh drückt – mit Blick auf frauenpolitische Fragen. Er besteht aus Marianne Ruh, Helga Sack, Ulrike Melchers, Ingeborg Klose und Angelika de Nardo. Die Revisoren sind Friedhelm Kipp und Willi Helsing. Als Wahlleiter fungierte Uwe Schneck, Beisitzer im Kreisverband Bielefeld.

Ortsverband Oberaden

In Oberaden hatten sich die Mitglieder im Sportheim an der Preinstraße versammelt. Nach Monika Holtsträters Begrüßung, dem Bericht des Schatzmeisters und der Verlesung des Protokolls gab Anne Fehst den Jahresrückblick auf 2019. Gäste waren der Landtagsabgeordnete Rüdiger Weiß (SPD) und der

1. Kreisvorsitzende in Hamm-Unna-Münster, Udo Schulte.

Bei der Wahl waren sich die Mitglieder einig. Das Führungsgremium des Ortsverbandes Oberaden setzt sich künftig so zusammen: 1. Vorsitzende und Schriftführerin ist Monika Holtsträter, 2. Vorsitzende Brigitte Maschewski. Zum 1. Schatzmeister wurde Erich Caspari und zur 2. Schatzmeisterin Edith Wiesner gewählt. Pressewart ist Frank Derichs, Frauensprecherin Anne Fehst und als Beisitzer*innen fungieren Ilse Buß, Ulla Caspari, Hannelore Morschel, Sigrid Suttrop, Marita Hoffmann, Birgit Oldewurtel und Manfred Osthoff. Revisor*innen sind Ilsegret Buchner, Marlis Fasel und Manfred Müller.

Auf dem Foto zu sehen sind, v.li.: Monika Holtsträter, Anne Fehst, Manfred Osthoff, Ulla Caspari, Ilsegret Buchner, Erich Caspari, Hannelore Morschel, Birgit Oldewurtel, Sigrid Suttrop, Marita Hoffmann, Edith Wiesner, Marlis Fasel, Brigitte Maschewski, Rüdiger Weiß und Udo Schulte. Es fehlen Frank Derichs, Manfred Müller und Ilse Buß.

Ortsverband Recklinghausen-Suderwich

Auch in Suderwich wurde gewählt, in Anwesenheit mehrerer Gäste. Das Bild zeigt, v.li.: Dagmar Kürpitz (Schriftführerin), Willi Becker (Beisitzer), Manfred Löhrhoff (stellv. Schatzmeister), Karin Schäpers (stellv. Vorsitzende), Helmut Etkorn (Gast, stellv. Landesvorsitzender), Gabriele Becker-Grüning (Schatzmeisterin), Friedhelm Steckel (Vorsitzender) und Marianne Neul (stellv. Schriftführerin) sowie Elke Kant von der SPD und Markus Flögel vom örtlichen Verkehrsverein. Nicht auf dem Foto sind Frauensprecherin Regina Markowski und als weiterer Gast der Vertreter der CDU, Ulrich Hempel.

Ortsverband Bochum-Hordel

Seinen neuen Vorstand wählte der SoVD Bochum-Hordel am 8. Februar. Auf dem Foto sind, oben v.li.: die Beisitzer Reinhard Naurath, Wolfgang Menger und Michael Ziegler, Vorsitzender Franz Michners und Kassenwart Reinhard Tiesler; unten v.li.: Beisitzerin Birgit Matysiak, die Revisorinnen Manuela Menger, Doris



Ortsverband Bielefeld-Jöllenbeck

Wirtgen und Brigitte Hohmann sowie der stellvertretende Vorsitzende Dieter Nolting. Im Bild fehlen Beisitzer Gerd Schöne und Annelore Michners, Schriftführerin und Frauensprecherin.

Dietrich Boshardt (1. Vorsitzender) und Wahlleiterin Jutta König (Bezirksvorsitzende). Es fehlt Heidemarie Makulski (Revisorin).

Ortsverband Brambauer

Horst Rothermel, Vorsitzender in Brambauer, wurde im Amt bestätigt. Seit 1999 hat er diese Funktion und war bereit, in eine neue Runde zu gehen. Wieder gewählt wurden auch Dieter Fischer (2. Vorsitzender), Manfred Röder (Kassierer), Ingrid Marquart und Ingrid Budde (Beisitzerinnen), Elfriede Hoffmann und Reinholt Lißy (Revisor*in).

Fortsetzung auf Seite 14

Ortsverband Altenbochum-Laer

Das ist das Wahlergebnis in Altenbochum-Laer – das Foto zeigt, v.li., vorne: Norbert Neumann (2. Vorsitzender), Sigrid Buchmann (Frauensprecherin), Dagmar Weber (Revisorin), Marga Neumann (Schriftführerin), hinten: Marga Mark (Revisorin), Ansegret Boshardt (Schatzmeisterin), Heinrich Andrzejek (Beisitzer),



Ortsverband Oberaden



Ortsverband Bochum-Hordel



Ortsverband Recklinghausen-Suderwich



Ortsverband Altenbochum-Laer



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Jahreshauptversammlungen mit Wahlen

Fortsetzung von Seite 13

Neu hinzugekommen ist Wilfried Mertens als Schriftführer. Er löst Heidrun Quernheim ab, die das Amt 15 Jahre ausübte und die der Vorsitzende für ihre Verdienste ehrte. Ebenso dankte er Inge Presl für zehnjährige Arbeit als Frauensprecherin.

als Schatzmeisterin und Hiltrud Schlesinger (*ganz li.*) als Schriftführerin in einer nicht geheimen Wahl durch Handzeichen in ihren Ämtern bestätigt. Zudem wurde Erika Runge zur Beisitzerin gewählt. Revisorin und Revisor sind Simone Siegert (*vorne Mitte*) und Hans-Georg Giga (*hinten re.*).

zender wurde Gerhard Fiedler einstimmig im Amt bestätigt. Ebenso wiedergewählt ist Peter Tiedermann als 2. Vorsitzender und Schriftführer. Wilfried Tews bleibt Schatzmeister. Neue Revisor*innen sind Horst Remmert, Kerstin Siltmann und Karin Tiedermann, als Beisitzer fungiert Sascha Fiedler.

Wilfried Tews wurde eine tadellose Kassenführung bescheinigt, der Vorstand entlastet. Gudrun Volkmann grüßte vom Kreisverband, gratulierte dem neuen Vorstand und berichtete aus dem Verband. Im Anschluss gab es ein gemeinsames Essen.



Ortsverband Veltheim

Ortsverband Mengede-Nord

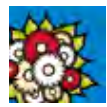
In Mengede-Nord wurden Horst Erdmanski (*auf dem Foto hinten li.*) als 1. Vorsitzender, Angelika Erdmanski (*vorne re.*)

Ortsverband Veltheim

Im Februar war auch in Veltheim Jahreshauptversammlung. Nach der Totenehrung standen die Wahlen an: Als 1. Vorsit-



Ortsverband Mengede-Nord



Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im April sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bielefeld: Änne Kaiser (98), Frieda Koch (92), Hermine Kickert (95), Helga Röhr (92).

KV Bochum-Hattingen: Gisela Clauss (90), Inge Grimm (92).

KV Dortmund-Lünen: Heinrich Pokropp (96), Helmut Dziwis (91), Marianne Linke (90), Ingeborg Jeuschede-Wolf (92), Theodor Netthöfel (95).

KV Düsseldorf: Maria Sommariva (91), Johann Kunz (94), Ingeborg Buntenbach (90).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Liselotte Rundt (99).

KV Essen: Ludger Lohmann (93), Anneliese Lichius (93), Ernst Hobbold (95), Erich Niedrich (94).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Werner Buchhaupt (90), Gerhard Heidenreich (101), Helmut Steinweg (96).

KV Gütersloh: Bernhard Niwöhner (97), Helga Heising (92), Katharina Hüttemann (90).

KV Hamm-Unna-Münster: Ilse Lokatis (92), Anna Marquardt (93), Wolfgang Trost (92), Erich Kluge (92), Irmgard Fleßenkämper (90), Günter Roggenkamp (95), Erika Taszus (92), Elfriede Küpper (90), Otto Boenig (95).

KV Herford: Hugo Homburg (96), Hermann Maschmann (94), Hedwig Kampeter (92), Brunhilde Schulz (90), Hildegard Kuschel (95).

KV Herne: Erich Krüger (98).

KV Iserlohn-Hagen: Arno Jatzek (90).

KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Irmgard Koschel (92), Werner Dunkel (92), Elisabeth Deising (91).

KV Lippe: Rosemarie Böllert

(93), Gerhard Wiemer (92), Margaretha Pehlke (91).

KV Lübbecke: Hilde Nelke (94), Ilse Piel (93), Wilhelm Gerke (96), Emmi Vollrath (95), Eberhardt Hitzeroth (91), Angelika Quester (92), Ingeborg Schwarze (90), Hilde Schnepel (92), Helga Buck (92), Waltraud Hoßfeld (91), Helene Winkelmann (90), Marie Holste (96), Christel Grolla (94), Martin Horstmeier (91), Elfriede Köster (92), Marie Schmidt (94), Sophie Schmidt (95), Minna Kolkhorst (93), Wilhelm Grube (93).

KV Märkischer Kreis: Josefine Schmidt (92), Gertrud Harte (93), Leo Humpich (97), Monika Sperling (95), Ernst Appel (90), Marianne Pichlbauer (93).

KV Minden: Helga Leye (91), Helga Pape (91), Ursula Römbke (92), Helene Diekmann (91), Gertrud Giese (92), Hanna Janowski (93).

KV Recklinghausen / Borken /

Bocholt: Anneliese Kutella (96), Margret Kessner (91), Irmgard Gries (90), Rudolf Harazim (96), Klara Klawitter (91), Helene Richter (95), Hannelore Buchweitz (90), Hildegard Nagel (91).

KV Remscheid-Wuppertal: Elisabeth Gründhammer (90), Hans Schiffers (96), Paul Göbel (94).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Marga Leibner (92), Erich Wedig (92), Eugenie Pufahl (96), Ruth Steiner (93).

KV Siegen-Olpe-Wittgenstein: Ruth Weigel (94), Gerhard Breuer (99), Gertrud Rehfisch (92), Alfred Hoppe (92), Egon Mai (90).

KV Viersen: Josefa Schulz (95), Gerhard Bertram (93).

KV Westfalen-Ost: Gerhard Herdam (100), Hildegard Kollnischko (98), Marianne Müller (96).

KV Witten: Gerd Schürmann (95), Gabriele Schidlowski (91).

5 Termine

Diese Termine waren für April geplant, finden aber wegen der Ausbreitung des Coronavirus eventuell nicht oder nicht wie geplant statt:

Ortsverband Bottrop

24. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vortrag „Wohnen im Alter“ und Wahl, Café Bernsmann, Lütkestraße 23, 46240 Bottrop.

Ortsverband Remscheid

9. Mai (Vorschau), 15 Uhr: Jahreshauptversammlung, Bürgerhaus Süd, Auguststraße 24, 42859 Remscheid.

Ortsverband Rütterscheid

1. April (jeden 1. Mittwoch im Monat), 17 Uhr: Stammtisch, **neuer Ort:** jetzt im Café Kötter, Rütterscheider Straße 73, 45130 Essen.

Ortsverband Solingen

4. April, 13 Uhr: Jahreshauptversammlung, Gemeinderaum der evangelischen Kirche, Kirchstraße 15, 42651 Solingen.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Anneliese Walter und Horst Walter (Gelsenkirchen), Norbert Wolff (Gladbeck), Haydee Droste und Uwe Hackländer (Hamm-Unna-Münster), Klaus Mansfeld und Joachim Prose (Lübbecke), Erika Eger (Märkischer Kreis), Herbert Bender (Rhein-Sieg/Bonn/Oberberg), Günter Hünninghaus (Witten).

45 Jahre: Birgit Baron (Dortmund), Heinz Dowe (Gelsenkirchen), Gertraud Meyer (Rhein-Sieg/Bonn/Oberberg), Waltraud Schwettmann (Lübbecke).

50 Jahre: Heinz Arens (Gelsenkirchen), Manfred Gosse (Mönchengladbach), Hans van Laak (Rhein-Sieg/Bonn/Oberberg).

55 Jahre: Renate Possiencke (Düsseldorf).

65 Jahre: Helmut Mikeska (Gelsenkirchen).

70 Jahre: Erwin Schimmek (Düsseldorf).

Die Stiftung Warentest gibt Tipps zum Stromsparen im Haushalt

Stromkosten reduzieren

Stromsparen hat eine direkte Auswirkung auf Ihr Konto, vor allem wenn die jährliche Stromabrechnung ins Haus flattert. Hier kann es zu hohen Nachzahlungen kommen. Um dem entgegenzuwirken, können Sie mit unseren Informationen und Tipps Ihre Stromkosten um bis zu 50 Prozent reduzieren.

Den Stromverbrauch können Sie ganz einfach mit einem Strommessgerät messen. Dieses können Sie sich kostenlos zum Beispiel in einer Beratungsstelle Ihrer Verbraucherzentrale ausleihen. Vergleichen Sie den gemessenen Stromverbrauch mit einem neuen, energieeffizienten Modell im Handel. Den Jahresstromverbrauch können Sie einfach beim Energieeffizienzlabel am Gerät ablesen. Oft kann sich der Austausch Ihres Altgerätes trotz eines höheren Kaufpreises finanziell schnell auszahlen.

Aber auch vermeintlich ausgeschaltete Elektrogeräte, entpuppen sich manchmal als „heimliche“ Stromfresser. Mit einem Griff können Sie sie entlarven: Ist das Netzteil warm, verbraucht das Gerät weiterhin Strom.

Kühlschrank, Kühltruhe

- Stellen Sie den Kühlschrank so ein, dass die Temperatur im oberen Fach bei 7 Grad liegt. Das reicht vollkommen aus. Bei einer Senkung um nur 1 Grad steigt der Stromverbrauch bereits um circa 6 Prozent.
- Nutzen Sie häufig schnell verderbliche Lebensmittel wie Hackfleisch, sollten sie die Kühlschranktemperatur auf 2 Grad senken.
- Gefriergeräte sollten auf eine Temperatur von minus 18 Grad eingestellt werden.
- Halten Sie die Türen so kurz wie möglich offen und machen Sie die Türen so schnell



Foto: benjaminolte / Adobe Stock

Mehrfachsteckdosen mit Ausschalter sind praktisch und helfen beim Stromsparen.

- wie möglich wieder zu.
- Lassen Sie warme Speisen erst abkühlen, bevor Sie sie in den Kühlschrank stellen.

Spülmaschine

- Räumen Sie Ihre Spülmaschine möglichst voll, um Wasser und Energie zu sparen (mindestens 80 Teile passen in die Maschine).
- Ein Vorspülen ist nicht notwendig. Grobe Speisereste können Sie mit dem Besteck entfernen.
- Nutzen Sie das Automatikprogramm Ihrer Spülmaschine oder niedrige Temperaturen von 50 bis 55 Grad.

Waschmaschine, Trockner

- Achten Sie darauf, das Gerät ausreichend voll zu beladen.
- Waschen Sie mit niedrigen Temperaturen von 30 bis 40 Grad. Das reicht bei normal verschmutzter Alltagswäsche völlig aus und hat auch den Vorteil, dass Ihre Kleidung länger hält.
- Stellen Sie einen hohen Schleudergang bei der Waschmaschine ein, wenn Sie einen Wäschetrockner nutzen. Das spart Zeit im Trockner, weil die Wäsche weniger nass ist.
- Lassen Sie Ihre Wäsche einfach an der Luft trocknen.

Herd und Backofen

- Nutzen Sie immer einen Deckel. Das spart Zeit und Strom.
- Garen Sie Gemüse, Eier und Kartoffeln mit lediglich 1-2 cm Wasser. Dabei bleiben auch die Vitamine erhalten.

- Backen mit Umluft spart etwa 15 Prozent Energie im Vergleich zu Ober- und Unterhitze.

Beleuchtung

- Ersetzen Sie Glüh- und Halogenlampen durch LED. Sie verbrauchen sogar noch weniger Energie als Energiesparlampen. Vorhandene Energiesparlampen sollten Sie jedoch erst auszutauschen, wenn diese defekt sind.
- Vergessen Sie nicht das Licht auszuschalten, wenn Sie es nicht benötigen!
- Hat Ihre Steh- oder Tischlampe nicht nur einen Schalter, sondern wird auch mit einem Netzteil betrieben, dann ziehen Sie den Stecker oder stecken ihn in eine abschaltbare Steckerleiste, denn diese Lampen können auch im ausgeschalteten Zustand unnötig Strom verbrauchen.

Computer, TV und Handy

- Aktivieren Sie beim Computer den Ruhezustand, wenn Sie oft den Arbeitsplatz verlassen.
- Besorgen Sie für elektrische Geräte eine Steckerleiste mit Schalter und schalten Sie diese nach der Benutzung aus. Alle Geräte verbrauchen auch im Stand-by- oder „Stromsparmodus“ weiterhin Strom.
- Schalten Sie nachts das WLAN im Router aus. Auch beim Smartphone nachts in den Flugmodus zu wechseln kann sinnvoll sein: So müssen Sie weniger oft aufladen.

Quelle: Verbraucherzentrale



Kolumne

Werkstattreform

Liebe Freundinnen und Freunde,



Edmund Elsen

in Deutschland arbeiten weit mehr als 300.000 Menschen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM). Sie schrauben, sie fräsen, sie schneiden zu. Dennoch handelt es sich laut Bundesamt für Arbeit und Soziales dabei nicht um ein reguläres Arbeitsverhältnis, sondern um ein „arbeitnehmerähnliches Verhältnis“.

Diese Menschen arbeiten in Werkstätten in einer Sonderwelt. Denn sie sind dort in ihrem Arbeitsalltag isoliert von Menschen ohne Behinderung. Menschen ohne Behinderung kommen in Werkstätten ausschließlich als Anleiter*innen und Vorgesetzte vor.

Von 100 Menschen, die in einer Werkstatt arbeiten, wechselt nicht einmal einer pro Jahr auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Damit erfüllen die Werkstätten eine ihrer wichtigen Kernaufgaben so gut wie gar nicht. Ein Grund für dieses Versagen ist wahrscheinlich, dass WfbM, die Beschäftigten, die schon für einen Wechsel bereit wären, selbst brauchen, um die Aufträge zu erledigen, mit denen sie unter anderem die Löhne finanzieren. Sie befinden sich also in einem Dilemma, das nur durch eine grundlegende Reform gelöst werden kann.

Die Industrie greift gerne auf das Portfolio der Werkstätten für behinderte Menschen zurück, weil sie gute Angebote mit den geforderten Qualitätsstandards unterbreiten können. Dadurch verlagern Unternehmen Teile der Produktion nicht in Schwellenländer, bewerben das auch noch als nachhaltig und können dadurch sogar einen Teil ihrer Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe verrechnen lassen. Das bedeutet für die Vertragspartner einen doppelten Einsparungseffekt, zulasten der Mitarbeiter*innen in Werkstätten.

Menschen mit Behinderung erhalten in einer Werkstatt ein sogenanntes leistungsunabhängiges Arbeitsförderungsgeld von im Durchschnitt etwa 213 Euro pro Monat. Seit dem Jahr 2015 gilt in Deutschland das Mindestlohngesetz. Es verpflichtet Unternehmen, allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab Januar 2020 einen Stundenlohn von 9,35 Euro brutto zu zahlen.

Menschen mit Behinderung sind genauso Arbeitnehmer*innen wie andere auch. Es ist richtig: Ihre Arbeitsplätze müssen den Anforderungen entsprechend ausgestattet werden. Aber es ist falsch, dass Menschen unter Wert entlohnt werden und nur schwer aus den prekären Arbeitsbedingungen in Werkstätten herauskommen.

Wir werden uns aber weiterhin für eine Reform des Werkstattsystems einsetzen. Sehr langfristig muss das Ziel sein, dass niemand mehr in Werkstätten arbeiten muss und alle die Unterstützung für ihre berufliche Teilhabe nach ihren Vorstellungen erhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Edmund Elsen, 1. Landesvorsitzender



Foto: dima_pics / Adobe Stock

Eine Geschirrspülmaschine sollte nur voll angestellt werden.

Coronavirus-Hotline

Die Krankenkassen bieten ihren Mitgliedern Telefon-Hotlines für Fragen und Infos zum Coronavirus. Hier eine Auswahl:
TK: Tel.: 040 / 46 06 61 91 60 (Ortstarif, 24 Stunden),
AOK: Tel.: 0800 / 1 26 52 65 und AOK Baden-Württemberg, Tel.: 0800 / 105 05 01 (kostenfrei, 24 Stunden),
DAK: Tel.: 040 / 325 325 800 (Ortstarif, 24 Stunden),
Barmer: Tel.: 0800 / 84 84 111 (kostenfrei, 24 Stunden),
IKK classic: Tel.: 0800 / 455 1000 (kostenfrei, 6–22 Uhr).



Wir gratulieren

Gerhard Recktenwald (s. Foto), Mitglied im Ortsverband Homburg-Saarbrücken, erhielt für seine 25-jährige Treue zum SoVD eine Urkunde mit Jubiläumsabzeichen. Überreicht wurde sie vom 2. Ortsvorsitzenden Manfred Piro persönlich, verbunden mit den besten Wünschen des Vorstandes und der Mitglieder für Gerhard Recktenwalds Zukunft.



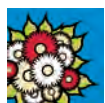
Aktuelle Urteile

Krankenversicherung: Auch Mobiltelefonie darf für nahezu Taube verbessert werden

Hat ein Mann, der unter an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit leidet, ein Hörgerät, so kann er von seiner gesetzlichen Krankenkasse verlangen, dass die ihm ein Bluetooth-Hörverstärker bezahlt, mit dem eine deutliche Hörverbesserung erreicht werden kann, wenn der Mann mit seinem Handy telefoniert. Die Kasse kann nicht dagegenhalten, dass der Mann das Festnetz nutzen könne. Denn ein Hörgerät dient unstrittig dem unmittelbaren Behinderungsausgleich. Ist ein für das Gerät passendes Zubehörteil relativ günstig zu beziehen, so steht einer Kostenübernahme nichts entgegen (SG Düsseldorf, S 8 KR 1441/15).

Mietrecht: Vermieter darf Drahteseltransport durch den Flur nicht verbieten

Das Amtsgericht Hamburg-Altona hat entschieden, dass ein Vermieter es einem Mieter nicht untersagen darf, sein Fahrrad durch das Treppenhaus in die Wohnung zu tragen. Das Unterstellen eines Fahrrads in der Wohnung (und damit auch der Fahrradtransport durch den Hausflur) sei eine übliche Nutzung. Der Mieter dürfe sein Rad auf diese Art und Weise vor Diebstahl oder Beschädigungen schützen. Außerdem sei es im Außenbereich „zu jeder Jahreszeit der Witterung ausgesetzt“ (AmG Hamburg-Altona, 318c C 1/19). *wb*



Glückwünsche

60 Jahre: 4.4.: Cornelia Huck, Wörth; 7.4.: Simone Schneider, Langenlonsheim; 8.4.: Rainer Steinmetz, Ottweiler, Dorothea Kümpel, Asbach; 10.4.: Petra Zimmermann, Windesheim; 11.4.: Michael Kilian, Feilbingert; 12.4.: Silvia Wünsche-Imo, Schifferstadt; 15.4.: Regina Schäfer, Andernach; 17.4.: Elisabeth Kopp-Vogel, Landau; 26.4.: Elenore Mosca, Andernach; 30.4.: Roland Röder, Germersheim; Thomas Mellein, Rülzheim.

65 Jahre: 3.4.: Ingrid Rohr, Zeiskam; 5.4.: Herbert Wilhelm, Wadern; 7.4.: Lothar Pirrong, Zweibrücken; 18.4.: Hans Joachim Schröder, Ludwigshafen; 20.4.: Inge Maria Liebel, Rülzheim, Elke Gernhardt, Kelkheim, Werner Dreyer, Rülzheim.

70 Jahre: 3.4.: Heinz Reis, Saarbrücken; 9.4.: Gisela Henigin, Hattenbühl; 10.4.: Dietmar Marckert, Simmern; 12.4.: Ursula Harter, Kuhardt; 13.4. Helga Blunk, Germersheim, Maria Moser, Worms; 17.4.: Günther Adelfang, Neuwied; 19.4.: Adolf Woll, Medard; 20.4.: Friedrich Laveuve, Leimersheim; 25.4.: Erika Siehler-Hehn, Hördt.

75 Jahre: 4.4.: Herbert Strauch, Rülzheim; 5.4.: Gerlinde Barbian, Baustert; Gerd Rheude, Hördt; 15.4.: Karl Heinz Klein, Bad Kreuznach; 16.4.: Sigrun Huber, Homburg; 23.4.: Günter Dollt, Hördt.

80 Jahre: 3.4.: Hannelore Hackert, St. Wendel; 6.4.: Arno Lange, Unnau; 17.4.: Brigitte Purpus, Offenbach-Hundenheim; 19.4.: Werner Gensheimer, Hördt.

85 Jahre: 1.4.: Rosemarie Heer, Neuhäusel; 4.4.: Gisela Frohnhöfer, Kaiserslautern; 19.4.: Erwin Dörner, Kroppach.

90 Jahre: 9.4.: Ursula Buschmann, Kaiserslautern.

93 Jahre: 17.4.: Eva Schulte, Berzhahn.

94 Jahre: 6.4.: Wilhelm Hupperich, Ottweiler; 15.4.: Erika Mecking, Ingelheim; 21.4.: Ferdinand Wirfs, Koblenz; 24.4.: Resi Weber, Weibenthurm.

97 Jahre: 15.4.: Anni Baron, Rülzheim.

98 Jahre: 6.4.: Ruth Irmisch, Klein-Winternheim.

Die Aktion „Das Sichere Haus“ gibt Tipps zum richtigen Verhalten bei Fettbrand

Fettbrand nie mit Wasser löschen

Brennendes Fett in einem Topf oder einer Pfanne wird oft reflexartig mit Wasser gelöscht. Doch dieser Reflex ist hochriskant, denn das Wasser verdampft blitzartig in dem einige hundert Grad heißen Fett und wird meterweit aus dem Behälter geschleudert. Dieser Vorgang heißt Fettexplosion und kann zu Wohnungsbränden und schwersten Brandverletzungen führen.

„Wasser ist zum Löschen eines Fettbrandes absolut tabu“, sagt Dr. Susanne Woelk, Geschäftsführerin der Aktion Das Sichere Haus (DSH), Hamburg. Geeignete Maßnahmen bei Fettbrand sind:

Wer geistesgegenwärtig den passenden (und trockenen!) Deckel auf die Pfanne legt, erstickt das Feuer. Allerdings gehört Mut dazu: Nicht jeder traut sich, dem Feuer so nah zu kommen.

Ein Fettbrand-Löcher der Brandklasse „F“ erstickt die Flammen. Auf dem Etikett üblicher Haushalts-Feuerlöscher

steht, ob das Gerät zum Löschen von Fettbränden geeignet ist. Feuerlöscher der Brandklasse A enthalten Wasser und sind deshalb zum Löschen eines Fettbrandes ungeeignet.

Wer zu Hause auf Sicherheit setzen will, sollte zumindest zwei Feuerlöschtypen griffbereit haben: in der Küche einen handlichen Fettbrandlöscher und in der Wohnung einen größeren Schaumfeuerlöscher. Beim Kauf ist es wichtig, auf Qualität zu achten. Auf diese Details sollten Sie bei einem Fettbrandlöscher achten:

- Auf dem Löscher muss „DIN EN 3“ aufgedruckt sein.
- Jeder Feuerlöscher muss das CE-Zeichen tragen, einige tragen auch das GS-Zeichen für geprüfte Sicherheit.
- Die Farbe ROT (RAL 3000, „Feuerwehr-Rot“) ist ein Zeichen für einen zugelassenen Löscher.

Weitere Tipps gibt der Film „Feuerlöscher für zu Hause“ <https://das-sichere-haus.de/unsere-themen/sicher-im-alltag/videos>) der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und der DSH.



Termine

Ortsverband Bingen-Mainz

18. April, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen, Brunnenweg 14, Bingen-Büdesheim.

Ortsverband Hördt

27. April, 19 Uhr: Stammtisch. Ort anfragen unter Tel.: 07272/55 40.

Ortsverband Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler

Jeden letzten Donnerstag im Monat, 15.30 Uhr: Kaffeemach-

mittag, Café Hauptert, Merchweiler. Anmeldung jeweils erbeten bei Beatrix Bost, Tel.: 06824/23 51.

Ortsverband Lautertal-Pfalz

Jeden Freitag, 18 Uhr: Treffen, Sportheim Lautertalhalle, Katzweiler. Mitfahrgelegenheiten aus Katzweiler möglich, bitte unter Tel.: 06301/87 28 oder Tel.: 06301/79 99 930 melden.

Ortsverband Rülzheim

Vorschau: 9. Mai: Tagesaus-

flug in den Schwarzwald, mit Besuch der Schwarzenbach-Talsperre, Stopp in Freudenstadt, Abendessen in Ettlingen. Preis pro Person: 35 Euro inklusive Frühstück. Anmeldung bis 22. April durch Überweisung des Reisepreises. Genaue Infos bei Norbert und Herta Weber, Tel.: 07272/88 75

Ortsverband Vorderpfalz

3. April, 18 Uhr: Stammtisch, Gaststätte „VTV“, Anebosstraße 4, Ludwigshafen-Mundenheim.



Sprechstunden

Bad Marienberg: Sigrid Jahr berät jeden 2. Mittwoch im Monat, 10–13 Uhr (Terminvereinbarung außerhalb der Sprechstunden möglich unter Tel.: 06432/9 24 94 80), Verbandsgemeinde, Zimmer 105, Kirburger Straße 4, 56470 Bad Marienberg.

Bingen-Mainz: Andrea Klossova berät dienstags und donnerstags, 9–12 Uhr, sowie mittwochs, 14–18 Uhr, Gebäude der AWO, Saarlandstr. 30, 55411 Bingen; nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06721/98 40 78.

Homburg: jeden 2. Montag im Monat berät Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, 14–16 Uhr, barrierefreies Rathaus, Am Forum 5, Raum 102, 66424 Homburg. **Im April nur unter Tel.: 06236/46 56 43.**

Kaiserslautern: Ralf Geck-

ler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät mittwochs, 8.30–11.30 Uhr, Landesgeschäftsstelle, Pfründnerstraße 11, Kaiserslautern, Tel.: 0631/7 36 57.

Ludwigshafen: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, Tel.: 06236/46 56 43, berät freitags, 8.30–12 Uhr, Ludwigstraße 41, Eingang: Wredestraße, 67059 Ludwigshafen.

Montabaur: Sigrid Jahr berät jeden Dienstag, 10–12 Uhr, sowie jeden Mittwoch, 14–16 Uhr. Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/9 24 94 80, Dillstraße 12, 56410 Montabaur.

Rülzheim: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, und Richard Dörzapf beraten am 30. April, 14–16 Uhr, barrierefreies Rathaus, Deutschordensplatz 1, Besprechungsraum 2.14 oder großer Sitzungssaal, 76761 Rülzheim.

Ottweiler: Hans-Heinrich Rödle berät jeden 1. Mittwoch im Monat, ASB-Haus, „Brunnenzimmer“, Auf dem Graben 8 (Nähe Wehrturm), 66564 Ottweiler, nur nach Absprache unter Tel.: 06824/66 94.

Saarbrücken: Ansprechpartner: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 06236/46 56 43.

Spiesen: Gabriele Scheppelmann berät jeden 1. Donnerstag im Monat, 15–17 Uhr, oder nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0176/34 03 41 58 (mobil) barrierefreies Rathaus, Hauptstraße 116, Zimmer 200, 66583 Spiesen.

Zweibrücken: Ansprechpartner: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 06236/46 56 43.



Familie Zmich aus Kiel



Familie Wuggazer aus Leck

Neuer Familien-Mitgliederzuwachs im SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein

Willkommen in der SoVD-Familie!

Auch in den vergangenen Monaten haben sich wieder viele Familien dem SoVD Schleswig-Holstein angeschlossen und sind damit Teil der größten Familie des Nordens geworden. Unter allen Familien, die im SoVD Mitglied werden, werden pro Quartal fünf ausgelost und mit Gutscheinen für einen kostenlosen Tagesaufenthalt im Hansa-Park Sierksdorf beschenkt.

Groß war die Freude bei Familie Zmich aus Kiel über die Hansa-Park-Karten. Glücksbote war der Kieler Kreisverbandsvorsitzende Alfred Bornhalm (auf dem Foto, links).

Auch Stefan Michael Toll aus Lübeck freute sich sehr über die Eintrittskarten. Überbracht wurden sie vom Lübecker Kreisverbandsvorsitzenden Lorenz Friedrich (auf dem Foto, rechts). Leider konnten seine Kinder an dem Fototermin nicht teilnehmen.

In Leck besuchte Udo Peter-

sen vom Kreisverband Nordfriesland (auf dem Foto, links) die Familie Wuggazer und überreichte ihnen die Eintrittskarten für den Hansa-Park. Die Familie war über den unerwarteten Gewinn freudig überrascht.

Außerdem gratuliert der SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein den Familien Anthonisen aus Groß Rheide und Steffen-Bolz aus Bosau herzlich zum Gewinn der Hansa-Park-Karten. Sie konnten aus terminlichen Gründen leider nicht persönlich vorgestellt werden.



Stefan Michael Toll (links)

Mit speziellen Betrugsmaschen werden alte Menschen um ihre Ersparnisse gebracht

Nicht auf den „Enkeltrick“ hereinfallen

Beim Enkeltrick lässt der Täter klassischerweise bei dem Anruf „seinen Namen“ erraten (zum Beispiel: „Hallo Oma! ... weißt du nicht, wer dran ist?“) und baut durch diesen erregten Irrtum sofort Vertrauen auf. Nach einem kurzen belanglosen Vorgespräch wird dem Opfer von einer Notsituation oder einem finanziellen Engpass erzählt und gleichzeitig eine hohe Geldforderung gestellt.

In der Regel verläuft der Ablauf eines „Enkeltricks“ über mehrere Anrufe an einem Tag. Die Täter bauen bei ihren An-

rufen immer einen immensen zeitlichen und psychischen Druck auf, stellen ihr Anliegen als äußerst dringlich dar und

setzen auf unbedingte Geheimhaltung. Geht das Opfer auf eine Geldübergabe ein, wird kurz davor erklärt, dass der Anrufer selbst verhindert sei, aber ein guter Freund oder Mitarbeiter einer entsprechenden Firma diese Aufgabe übernimmt.

Um nicht selbst Opfer eines solchen Betrugses zu werden, beachten Sie folgendes: Raten Sie nicht, wer anruft. Fordern Sie stattdessen Ihr Gegenüber auf, selbst seinen Namen zu nennen. Seien Sie immer dann besonders misstrauisch, wenn Sie am Telefon zu Ihren familiären oder finanziellen Verhältnissen befragt werden. Hören Sie auf Ihr Bauchgefühl! Versuchen Sie für sich Zeit zu nehmen, um

diese angebliche Bitte/Forderung zu überdenken. Stellen Sie gezielte Nachfragen, um festzustellen, ob es sich wirklich um Ihren Enkel handelt. Rufen Sie ihn unter der Ihnen schon bekannten Telefonnummer zurück. Ein gesundes Misstrauen ist keine Unhöflichkeit! Ein echter Verwandter oder Freund wird das verstehen. Übergeben Sie niemals Geld an Ihnen unbekannte Personen. Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen. Halten Sie Rücksprache mit Ihnen nahe stehenden Personen. Lassen Sie Ihren Vornamen im Telefonbuch abkürzen. Damit entziehen Sie den Tätern die Grundlage, auf Sie aufmerksam zu werden.



Foto: lettas / Adobe Stock

Mit dem „Enkeltrick“ werden immer wieder Senioren abgezockt.

Pflegereform jetzt!

Die große Pflegekampagne des SoVD Schleswig-Holstein ist sehr erfolgreich angelaufen. Insbesondere unsere Forderung nach einem „Pflege-Soli“ hat großes Echo in den regionalen und überregionalen Medien gefunden. Über diesen und unsere weiteren Vorschläge haben wir in der März-Ausgabe dieser Zeitung ausführlich berichtet. Hier nochmal in Stichworten: Finanzausstattung endlich nachdrücklich verbessern, steuerfinanzierte Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige ausbauen, eine Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen, bessere und gleiche Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege, mehr Menschlichkeit in der Pflege und im Krankenhaus, kommunale Verantwortung stärken.

In dieser Ausgabe finden Sie eine Unterschriftenliste. Auch den kommenden Ausgaben werden bis zum Juli Unterschriftenlisten beigelegt. Wir bitten Sie, liebe Mitglieder, Ihre Unterstützung für unsere Forderungen mit Ihrer Unterschrift zu dokumentieren. Bitte machen Sie auch Verwandte und Freunde auf unsere Aktion aufmerksam, damit wir so viele Unterschriften wie möglich sammeln können. Im Spätsommer wollen wir die Listen Schleswig-Holsteins Sozialminister Dr. Heiner Garg übergeben und ihn auffordern, unsere Forderungen für eine menschenwürdige Pflege in den bundespolitischen Prozess einzubringen.



Sozialministerium
Landesverband Schleswig-Holstein

SOVD

Das Plakat zur Aktion.

Serpil Midyatli zu Gast beim SoVD



Von links: Alfred Bornhalm, Jutta Kühl, Serpil Midyatli und Sven Picker.

Serpil Midyatli, die Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, war zu Besuch in der SoVD-Landesgeschäftsstelle. Sie diskutierte mit der Landesvorsitzenden Jutta Kühl, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Sven Picker und dem Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses, Alfred Bornhalm, aktuelle sozialpolitische Themen. Unter anderem kamen die Forderungen des SoVD zu einer Pflegereform sowie die Situation in den Krankenhäusern des Landes in dem Treffen zur Sprache.

Kooperationspartner des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

Theatererlebnisse für Mitglieder

Alle Mitglieder des SoVD haben die Möglichkeit, Theaterkarten zum günstigen Volksbühnenpreis einzukaufen. Für Ausflüge der Ortsverbände an die Theaterspielorte in Schleswig-Holstein und Hamburg organisiert die Volksbühne in Abstimmung mit den Vorständen der örtlichen Gruppierungen den Service rund ums Theater und besorgt die Theaterkarten.

Opernhaus Kiel

Ein Amerikaner in Paris, Musical mit Musik von George Gershwin: Der amerikanische Maler Jerry Mulligan bleibt 1945 nach seinem Militärdienst in Paris, um sich als Künstler zu erproben. Er lernt den Komponisten Adam Hochberg kennen. Beide verlieben sich in Lise Dassin, die vor der schweren Entscheidung steht, welchem ihrer Verehrer sie ihre Liebe schenken soll. Termine: 24.5., 18 Uhr; 30.5., 19 Uhr; 5.6., 19.30 Uhr; 14.6., 18 Uhr; 27.6., 18 Uhr; Preise: 18,40 bis 56,30 Euro.

Die Fledermaus, Operette von Johann Strauß: Gabriel von Eisenstein muss wegen Beamtenbeleidigung ins Gefängnis. Sein Freund Dr. Falke überredet ihn, sich davor noch einmal ordentlich zu amüsieren – auf einem Ball des Prinzen Orlofsky. Das führt zu einer durchzechten Nacht voller Verwechslungen.

Termine: 3.5., 19 Uhr; 9.5. und 13.6., jeweils 19.30 Uhr; 21.6., 18.30 Uhr; Preise: 13 bis 45,10 Euro.

Schauspielhaus Kiel

Die Möwe, Anton Tschechows bittersüßes Stück, in dem eine Gesellschaft aus Künstlern, Intellektuellen und Kleinbürgern zwischen ihrem Alltag und ihren Illusionen gefangen ist und

in die Irre liebt. Der Lehrer Medwedenko liebt Mascha, diese aber den jungen Schriftsteller Kostja, der wiederum die angehende Schauspielerin Nina liebt. Termine: 20.5., 27.5., 29.5., 12.6.; jeweils 20 Uhr; Preise: 11,50 bis 26 Euro.

Weitere Termine und Informationen finden Sie immer aktuell im Internet unter: www.volksbuehne-kiel.de.

SoVD-Mitglieder erhalten vergünstigte Karten: Sie bestellen mit der Kooperationsnummer **68 00 29 39** bei der Volksbühne. Die Karten kommen auf Rechnung per Post oder Sie holen sie direkt in der Geschäftsstelle ab: Volksbühne Kiel e.V., Rathausstraße 2, 24103 Kiel.

Die Ansprechpartner sind Susanne Reimer und Monika Wolff, Tel.: 0431/9 82 78 90, Fax: 0431/97 04 71, volksbuehne-kiel@t-online.de, Geschäftszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr, Donnerstag von 10 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr (außerhalb der Geschäftszeiten ist ein Anrufbeantworter geschaltet).



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Kiel-Suchsdorf

Wahlen und Ehrungen standen auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung in Kiel-Suchsdorf. Zum Vorsitzenden wurde Wilfried Maringer gewählt. Seine Stellvertretung übernimmt Ingrid Koch, die Kasse verwalten Friedel Wagner und Wolfgang Beck. Die Interessen der Frauen vertreten Jutta Wahl und Gertrud Steenbock, Beisitzer*innen sind Gerd Wahl, Hilde Dunz, Rita König und Andreas Arend. Die Kasse prüfen Regina Poltrock, Martina Moritz-Kayser und Rosemarie Pürwitz.

Ortsverband Eckernförde

Unter der Leitung von Alexandra Witt hat sich der „offene

Frauentreff“ des Ortsverbandes Eckernförde zu einer festen Gemeinschaft entwickelt, aus der viele Freundschaften entstanden sind.

Ortsverband Wiedingharde-West

Vorsitzende des Ortsverbandes Wiedingharde-West bleibt Ingrid Petersen, ihre Stellvertreterin ist Elke Vossler. Die Ämter der Schatzmeisterin und der Schriftführerin übernimmt Sabine Löffler, die Interessen der Frauen vertritt Karin Gonnens. Beisitzer*innen sind Kurt Petersen, Kurt Löffler und Stefanie Peetz, die Kasse prüfen Peter Gonnens, Volker Christiansen und Heinrich Moritzen. Im Anschluss an die Wahlen

wurden langjährige Mitglieder ausgezeichnet und mit Janne Johannsen das 500. Mitglied begrüßt.

Ortsverband Wesselburen

Auf einer Festveranstaltung des Ortsverbandes Wesselburen sorgte das Trio „De Büttpedders“ für beste Unterhaltung.

Ortsverband Preetz

Ehrungen standen im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Preetz. Besonders ausgezeichnet wurde Lisa Böhdnel für 60 Jahre Treue zum SoVD.

Ortsverband Pellworm

Auf der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Pell-

worm wurde Ingelore Bruhn zur Vorsitzenden gewählt. Ihre Stellvertreterin ist Dörte Koch, die Kasse verwaltet Martin Bruhn, die Schriftführung übernimmt Eva-Maria Mextorf. Die Interessen der Frauen vertritt Judith Marcussen, Beisitzer ist Michael Nagel, die Kasse prüfen Peter Manfred Lucht, Siegrid Thomsen und Heinz Broxtermann.

Ortsverband Oering

In Oering wurde Hans-Peter Siebert zum Ortsverbandsvorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter ist Günter Nottelmann, die Kasse verwalten Renate Detlefs und Birgit Arps, die Schriftführung erledigt Uwe Arps. Die Interessen der

Frauen vertritt Thea Grube, Beisitzer*innen sind Renate Siebert, Margret Lüthje-Kruse und Angela Hoogeveen. Sprecher der Revisoren ist Bernd Sahling. Im Anschluss an die Wahlen fanden Ehrungen statt.

Kreisverband Ostholstein

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Ostholstein, Prof. Ingo Heberlein, zeichnete die Vorsitzende des Ortsverbandes Neustadt in Holstein, Antje Hüttmann, auf der Mitgliederversammlung langjährige Mitglieder aus.

Ortsverband Zarpfen

Im Beisein von Stormarns Kreisvorsitzendem Andreas

Fortsetzung auf S. 13



Ortsverband Oering



Ortsverband Wesselburen



Ortsverband Wiedingharde-West



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Zarpen

Fortsetzung von S. 12

Guhr wählte der Ortsverband Zarpen einen neuen Vorstand. 1. Vorsitzende ist Manuela Fick, 2. Vorsitzende Annekatriin Mideldorf. Die Kasse verwalten Uwe Mess und Karin Westphal, die Schriftführung übernehmen Heidi Matthews und Ellen Schacht. Die Interessen der Frauen vertreten Christiane Lange und Bärbel Hindel, Beisitzer*innen sind Doris Döring, Fritz Matthews sowie Frauke Schmidtke. Die Kasse prüfen Harald Törber, Bärbel Grewe, Anke Wittfoot und Monica Wotawa-Böttcher.

Ortsverband Süderlügum

Hauptperson auf der Mitgliederversammlung des Ortsver-

bandes Süderlügum war Carl Petersen, der dem SoVD seit 70 Jahren die Treue hält. Neben weiteren Ehrungen wurden auch Wahlen durchgeführt. Neuer und alter Vorsitzender ist Detlef Saß, den Platz der 2. Vorsitzenden wird nach wie vor Helga Steffens besetzen und jenen der neu geschaffenen 3. Vorsitzenden Helga Hansen. Peter Steffens ist wieder Schatzmeister, Dagmar Peters Schriftführerin.

Ortsverband Bad Segeberg

Hohe Auszeichnung für Kirsten Grundmann. Die Vorsitzende des Ortsverbandes Bad Segeberg erhielt von Bürgermeister Dieter Schönfeld die Ehrennadel der Stadt.

In seiner Ansprache würdigte der Bürgermeister das Engagement von Kirsten Grundmann im SoVD-Ortsverband Bad Segeberg sowie ihren Einsatz in verschiedenen Projekten für die ganze Stadt.

Ortsverband Grömitz

Stabwechsel beim Ortsverband Grömitz. Nach 19 Jahren erfolgreicher Tätigkeit als Vorsitzende hat Karin Boller ihr Amt an Daniela Münchow übergeben.

Ortsverband Flensburg

Sie war eine Legende im SoVD Flensburg und ist nun kurz vor ihrem 103. Geburtstag verstorben: Wilma Muerköster (auf dem Foto in der Mitte, mit



Ortsverband Pellworm

den ehemaligen Flensburger Kreis- bzw. Ortsvorsitzenden Karin und Eugen Oswald bei ihrem 100. Geburtstag). Mehrere Jahrzehnte war sie in verschiede-

nen Funktionen für den Orts- und Kreisverband tätig. Sie war das letzte noch lebende Vorstandsmitglied der ehemaligen Ära „Reichsbund“ in Flensburg.



Ortsverband Bad Segeberg



Ortsverband Flensburg



Ortsverband Kiel-Suchsdorf



Ortsverband Grömitz



Ortsverband Preetz



Ortsverband Süderlügum



Ortsverband Neustadt in Holstein



Ortsverband Eckernförde

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Nico Johannsen,

langjähriger 1. Vorsitzender im Ortsverband Westre / Kreisverband Nordfriesland.

Ingrid Eckmann,

langjährige Schriftführerin im Kreisverband Nordfriesland und Ortsverband Hattstedt / Kreisverband Nordfriesland.

Hannes Drechsel,

Beisitzer im Ortsverband Nusse / Kreisverband Herzogtum Lauenburg

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

Mitglieder werben Mitglieder

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir ständig neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland e. V. hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 155.000 Mitstreiter*innen. Für das Jahr 2020 lautet unser Wahlspruch:

**Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft.
Werden Sie Mitglied!**

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot und die persönliche Arbeit seiner ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und sein unermüdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Werben Sie mit dem Scheckheft fünf neue Mitglieder und gewinnen Sie eine Woche Urlaub in Büsum!

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungscenter Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen im Monat März sind:

- Gunda Reincke (Kreisverband Stormarn),
- Dierk Waller (Kreisverband Dithmarschen),
- Hans-Heinrich Möller (Kreisverband Herzogtum Lauenburg),
- Dagmar Kluß (Kreisverband Kiel),
- Heidi Franck (Kreisverband Lübeck),
- Jutta Hansen (Kreisverband Neumünster),
- Hilke Zubke (Kreisverband Nordfriesland).

Werben Sie mit unserem Scheckheft fünf neue Mitglieder und Sie erhalten von Ihrem Landesverband ein Präsent nach eigener Wahl.

Volle Scheckhefte eingereicht haben in diesem Monat:

Dieter Schilling, Horst Burmester, Christa Möller, Werner Hamm, Bruno Kohlmorgen, Petra Tiemann, Gisela Thomsen, Moritz Maes, Horst Zawada, Maren Weber, Volker Schladetsch, Bärbel Paulsen, Karl-Heinz Ketelsen, Elke Hahn, Evelyn Gaevert, Manuela Fick, Veronika Knödler.

Der Landesvorstand dankt allen Werber*innen herzlich für ihren Einsatz und bittet Sie auch in den kommenden Monaten darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen.

Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken. Nur dann können Sie zu den Gewinnern des einwöchigen kostenlosen Aufenthaltes in unserem Nordsee-Erholungscenter in Büsum gehören.

Unsere Ortsverbände stellen sich vor

Ortsverband Jersbek, Bargfeld-Stegen, Nienwohld auf gutem Weg

In der Vergangenheit gab es einige Turbulenzen, aber jetzt ist der Ortsverband Jersbek, Bargfeld-Stegen, Nienwohld wieder auf einem guten Weg. Unter der Führung des Vorsitzenden Dittmer Martens und seiner Stellvertreterin Corinna Reichardt hat es das sehr engagierte Vorstandsteam geschafft, den Ortsverband in sicheres Fahrwasser zu bringen und steht deshalb auch vor einer guten Zukunft.

Seit dem Zusammenschluss mit dem ehemaligen Ortsverband Jersbek im Jahr 2016 betreut der Vorstand gut 260 Mitglieder. Und das sehr erfolgreich, denn die Veranstaltungen des Ortsverbandes werden regelmäßig von circa 20 Prozent der Mitglieder besucht. Die Angebotspalette reicht von Tagesausflügen über Osterfeiern bis zu Grill- und Oktoberfesten. Von Oktober an plant der Ortsverband Jersbek, Bargfeld-Stegen, Nienwohld bis zum März des kommenden Jahres monatlich Spielenachmittage anzubieten, die auch für Nicht-Mitglieder offen sein sollen.

Im Rahmen der Mitgliederbetreuung werden Geburtstagskinder vom 70. Ehrentag an in Fünf-Jahres-Schritten und ab



Der Vorstand des Ortsverbandes Jersbek, Bargfeld-Stegen, Nienwohld.

dem 80. Geburtstag jährlich mit einer Glückwunschkarte sowie mit Blumen oder Pralinen bedacht.

Sehr viel zu verdanken hat der Ortsverband der leider vor Kurzem verstorbenen Edith Koritter-Siebkens. Sie war über 20 Jahre Vorsitzende und hat den Ortsverband geprägt wie

Das Scheckheft ist bestellbar in der SoVD-Landesgeschäftsstelle, Muhliusstraße 87, 24103 Kiel. Für je fünf geworbene Mitglieder erhalten Sie eine Prämie: einen Gutschein für Fleurop, arko oder Tchibo.

niemand sonst. Sie organisierte Mehrtagesfahrten, Ausflüge für Kinder zum SoVD-Famili-entag in den Hansa-Park und besuchte regelmäßig die örtlichen Grundschulen im Rahmen der SoVD-Einschulungsaktion. Edith Koritter-Siebkens hatte für jeden stets ein offenes Ohr und ist zu einer Legende des SoVD in ihrem Ortsverband geworden.

Das neue Vorstandsteam des Ortsverbandes Jersbek, Bargfeld-Stegen, Nienwohld schickt sich an, an diese schönen und erfolgreichen Zeiten anzuknüpfen – zum Wohle der Mitglieder in den drei Gemeinden.



Aktuelle Urteile

Unfallversicherung: Stopp am Briefkasten unterbricht Schutz

Ist eine Arbeitnehmerin auf dem Heimweg von der Arbeit mit dem Auto unterwegs und hält sie an einem Briefkasten

an, um einen privaten Brief einzuwerfen, so ist sie dabei nicht gesetzlich unfallversichert.

Zum Zeitpunkt des Unfalls befand sie sich nicht mehr innerhalb des öffentlichen Ver-

kehrsraumes. Sie hatte einen „privat eigenwirtschaftlichen Zweck“ verfolgt. Deswegen blieb die Anerkennung als Arbeitsunfall versagt (BSG, B 2 U 31/17 R). *wb*



Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit einheitlich, ohne Vorwahl und für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lau-

enburg 04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31/4 41 34 47. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.

- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** 0431/5 90 99 60, zusätzlich wochentags 10–18 Uhr die bundesweite Hotline: 0800/0 11 77 22 (9 Cent pro Min. aus dem dt. Festnetz).

- **Kinder- und Jugendnottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800/1 11 03 33.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431/9 88 16 20.